

liberal

DAS MAGAZIN FÜR DIE FREIHEIT

1.2017
www.libmag.de
2,90 EURO

**JETZT KOSTENFREI
ABONNIEREN**
(siehe Seite 2)

SCHWERPUNKT

DIE WELT AM SCHEIDEWEG

Zu wichtigen Fragen unserer Zeit

DER VORMARSCH DER AUTOKRATEN

TOPIHISTORIKER ULRICH SPECK ANALYSIERT

„BRÜSSEL SIND WIR ALLE“

INTERVIEW MIT LUXEMBURG-PREMIER XAVIER BETTEL

MACHT MEHR AUS WENIGER EUROPA!

EX-SUPERMINISTER WOLFGANG CLEMENT



„LIBERAL BEKENNT
SICH ZU FREIHEIT,
FAIRNESS UND
FORTSCHRITT.“



WOLFGANG GERHARDT
Herausgeber liberal

liberal bittet Freigeister
um ihre Meinung.

liberal ist laut Leserpost ein
„intelligentes und mit spitzer Feder
geschriebenes, exquisites Magazin“.

liberal wird herausgegeben von
der Friedrich-Naumann-Stiftung für
die Freiheit.

BESTELLUNG AN: *liberal*-Aboservice
Dienstleistungen COMDOK GmbH
Eifelstraße 14 • 53757 Sankt Augustin
per Fax: +49 (0) 2241/34 91 11 | per E-Mail: abo@libmag.de

Online-Bestellung: shop.freiheit.org/#Liberal/ oder QR-Code scannen



☐ Ich hätte gerne ein **Gratis-Abo** (inkl. Porto und Versand)

Ich bin damit einverstanden, dass die Daten elektronisch gespeichert werden, um von der *Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit* auf weitere Aktivitäten aufmerksam gemacht und über ihre Arbeit informiert zu werden. Wenn diese Mitteilungen nicht mehr gewünscht sind, wird die Stiftung dies nach entsprechender Mitteilung beachten (§28, Abs. 4 BDSG)

Vorname Name _____

Straße Nr. _____

PLZ Ort _____

Telefon _____

E-Mail _____



Kostenfrei abonnieren

Erscheint **6x im Jahr**

Auch als **kostenfreie APP**

Schwerpunkt:
Die Welt am
Scheideweg

„Ewige Wachsamkeit ist der Preis der Freiheit“

Das Surreale wird Wirklichkeit: In wenigen Tagen wird Donald Trump als 45. Präsident der Vereinigten Staaten vereidigt. So sehr der demokratisch geäußerte Wille der US-Bürger auch zu respektieren ist, so wenig ist er bis heute rational zu verstehen. Als wir Europäer am Morgen nach der Präsidentschaftswahl – am ohnehin geschichtsträchtigen 9. November – aufwachen und die meisten voller Schreck auf die Wahlergebnisse in den USA blickten, war die Welt nicht nur dort eine komplett andere.

Brexit, Terroranschläge, die Türkei auf dem Weg in die islamische Diktatur, das nicht endende Grauen in Syrien und dazu immer stärkere Spannungen zwischen Russland und Europa – 2016 war ein weltpolitisch betrachtet schreckliches Jahr. Es gleich, wie manche Medien es taten, als „schlimmstes Jahr der Geschichte“ zu titulieren, führt aber zu weit.

Eine solch fatalistische Herangehensweise an Politik und die Zukunft unserer Gesellschaften bedeutet nur, den immer stärker werdenden Populisten das Feld zu bereiten. Angst und Verunsicherung sind der Nährboden, auf dem ihre gefährlichen Botschaften fruchten. Die Krise ist ihr Geschäftsmodell, und ihre Versprechen sind nicht das Papier wert, auf dem sie stehen.

In ganz Europa sind die Populisten von rechts, aber auch links auf dem Vormarsch. Doch bei aller Sorge – gerade mit Blick auf den Ausgang der französischen Präsidentschaftswahlen im Frühjahr dieses Jahres – ist auch Zuversicht angebracht. **„Populisten können gestoppt werden“**, sagte Ryszard Petru, Chef der Partei Nowoczesna und liberaler Wortführer gegen die zunehmend autokratische Regierung in Polen, auf dem „Europäischen Zukunftskongress“ der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit Ende Dezember in Berlin.

Von dem Kongress, an dem neben dem Bundespräsidenten Joachim Gauck auch zahlreiche Spitzenpolitiker aus ganz Europa teilnahmen, ging ein Signal des Mutes und des Aufbruchs aus. Und die Erkenntnis: Auch Liberale sind populär, aber niemals populistisch.

Das Jahr 2016 hat eines nochmals schmerzlich in unser aller Bewusstsein transportiert: Freiheit gibt es nicht geschenkt – sie muss täglich neu gewonnen werden. Sich für die individuelle, politische, wirtschaftliche Freiheit einzusetzen, erfordert tagtäglichen Einsatz. Oder um es mit den Worten des dritten Präsidenten der USA, Thomas Jefferson, zu sagen: „Ewige Wachsamkeit ist der Preis der Freiheit.“

Freiheit haben wir uns auch in der *liberal*-Redaktion genommen und das Magazin grafisch und inhaltlich weiterentwickelt. Ihre zahlreichen Reaktionen aus der jüngsten, sehr positiv verlaufende Leserbefragung – vielen Dank an dieser Stelle für die Unterstützung! – haben uns dabei geleitet.

Die wohl wichtigste Reform neben neuen Blattelementen und einem aufgefrischten Design: Im Schwerpunkt widmen wir uns dem Titelthema in all seinen Facetten nun noch umfänglicher. Unser Rezept gegen postfaktischen Populismus lautet: Leidenschaft für Fakten und die Wahrheit.



Ich freue mich, wenn
Ihnen die neue
liberal gefällt, und
wünsche eine
anregende Lektüre!

KIRSTIN HÄRTIG,
CHEFREDAKTEURIN



SCHWERPUNKT

DIE WELT AM SCHEIDEWEG

Die politische Weltlage wird bestimmt von einem Paradigmenwechsel. Demokratie und Freiheit werden in vielen Ländern zurückgedrängt, Populismus und Autoritarismus bahnen sich rund um den Erdball ihren Weg an die Macht. Kein Grund für resignativen Pessimismus. Denn diesem Trend lässt sich Einhalt gebieten. Ausgerechnet das zerrissene und von Krisen erschütterte Europa erweist sich als Hort der Stabilität. Der Kontinent mag zwar „alt“ sein, hat aber das Kämpfen nicht verlernt - und die Krise ist für die europäische Staatengemeinschaft eine Chance, die Dinge grundlegend zu ändern - und damit zum Vorbild zu werden.

09 EIN ZEICHEN GEGEN DIE LARMOYANZ

Wie kommt Europa aus der Krise? Die „Europäische Zukunftskonferenz“ suchte nach Antworten darauf.

Von Florian Flicke

12 INTERVIEW: XAVIER BETTEL

Der Luxemburger Premierminister spricht darüber, woran es in der EU hapert und was sich ändern muss.

Von Kirstin Härtig

14 DIE KRISE DER LIBERALEN ORDNUNG

Mit dem Aufstieg der Populisten gerät die offene Gesellschaft und ihre Mitte ins Wanken.

Von Ulrich Speck

20 DIE MAUER DER ANDEREN

An jedem Wochenende spielen sich an der Grenze der USA zu Mexiko menschliche Tragödien ab.

Eine Reportage in Bildern

24 ES WIRD ENGER

Die Demokratie gerät weltweit unter Druck. Das macht das Leben schwerer - für viele Bürger, aber auch für internationale Organisationen.

Von Christian Taaks

26 LEUCHTENDES VORBILD

Estland bringt alles mit, um zu einer Blaupause für ein prosperierendes, unbürokratisches und digitales Europa zu werden.

Von David Harnasch

28 MACHT MEHR AUS WENIGER EUROPA!

Jede Krise hat auch ihre guten Seiten. Für Europa ist es eine Chance, sich neu zu erfinden.

Von Wolfgang Clement

32 DAS GUTE AM WESTEN!

Die Bundesbürger sind verunsichert. Ihre persönliche Freiheit schätzen die meisten jedoch als hohes Gut ein.

Von Ulrike Ackermann

34 POLITIK: INTERVIEW
HYEONSEO LEE

Die Aktivistin spricht über ihre Flucht aus Nordkorea und ihren Kampf gegen das Regime von Diktator Kim Jong-un.
Von Stefan Kreitewolf

36 POLITIK: EIN TRUMP REICHT

Viele Experten haben die politische Stimmung in den USA falsch eingeschätzt. Welche Lehren daraus zu ziehen sind.
Von Claus Gramckow

38 POLITIK: FREIHEITSPREIS 2016

Warum Kaspar Villiger den Freiheitspreis der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit verdient hat.
Gesammelt von Boris Eichler

40 WIRTSCHAFT: IRRWITZ
MASCHINENSTEUER

Roboter werden immer mehr Menschen am Arbeitsplatz ersetzen. Die Idee einer Maschinensteuer verhindert das nicht.
Von Florian Flicke

43 WIRTSCHAFT: FAIRER TRADEN

Für Unternehmen wird die Einhaltung ethischer Standards entscheidend, wenn sie ihre Kunden halten wollen.
Von Markus Löning

46 GESELLSCHAFT: EIN LUTHER FÜR ALLE FÄLLE

Was die Nachwelt aus dem großen Reformator gemacht hat. Ein Streifzug durch die Historie anhand von 95 Zitaten
Gesammelt von Frank Burger

INHALT

01.2017



Seite **34**

„Ich hasse die nordkoreanische Regierung, aber es leben Millionen unschuldiger Menschen dort.“

Hyeonseo Lee,
Buchautorin und mit 17 Jahren aus Nordkorea geflohen

38



43



46



Bilder, Videos oder Texte als Audiodatei – den Lesern der App-Version von *liberal* steht eine Fülle von zusätzlichem multimedialem Material zur Verfügung. Achten Sie auf das Symbol am Ende des Artikels, das diesen zusätzlichen Inhalt anzeigt. Die App in einer iPad- und Android-Version steht im iTunes Store und im Google Play Store kostenlos für Sie zum Download bereit.

liberal • Das Magazin für die Freiheit

Begründet von Karl-Hermann Flach und Hans Wolfgang Rubin

Herausgegeben von Dr. Wolfgang Gerhardt, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué, Manfred Richter, Dr. Wolf-Dieter Zumpfort

Beirat: Dr. Bernd Klaus Buchholz, Karl-Ulrich Kuhlo, Helmut Markwort

Chefredaktion: Kirstin Härtig

Redaktion: Boris Eichler, Thomas Volkmann, Annett Witte
Adresse: Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, Reinhardtstraße 12, 10117 Berlin, Telefon 030/22 01 26 34, Fax 030/28 87 78 49
redaktion@libmag.de, www.libmag.de
Gesamtherstellung: planet c GmbH Postfach 10 11 02, 40002 Düsseldorf Tel.: 0211/542 27-700, www.planetc.co

Verlagsgeschäftsführung: Andrea Wasmuth (Vorsitzende), Thorsten Giersch, Holger Löwe

Redaktionsleitung: Florian Flicke

Gestaltung: Ernst Merheim, Andrea Goerke (Grafik), Achim Meissner (Bildredaktion), Getty Images (Titelbild)

Projektleitung: Jana Teimann

Anzeigen: Tatjana Moos (Leitung), Georgios Giavanoglou (Media Marketing), 0211/54 227 – 671, media@planetc.co

Litho: TiMe GmbH

Druck: Evers-Druck GmbH, 25704 Meldorf

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung von Herausgeber und Redaktion wieder.

Vertrieb: DPV Deutscher Pressevertrieb GmbH, www.dpv.de

Bezugsbedingungen: Abonnement bis auf Widerruf kostenfrei; Preis des Einzelheftes 2,90 Euro (Inlandspreis, zzgl. 2,50 Euro Porto und Verpackung). Näheres über abo@libmag.de

liberal im kostenlosen Abonnement: mehr auf Seite 2

Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit und die Redaktion des Magazins *liberal* sind bestürzt über den heimtückischen Anschlag auf friedliche Menschen, die einen Weihnachtsmarkt in Berlin besucht haben. Es schlägt einem die Sprache, wenn man zur Kenntnis nehmen muss, dass es Menschen gibt, die so etwas tun.

Die Gedanken aller unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, von denen viele in Berlin leben, sind bei den Familien, die ihre Nächsten verloren haben. Wir hoffen, dass die Verletzten wieder gesund werden. Es gibt niemanden, der nicht empfinden könnte, wie schwer Familien an den Folgen dieses Anschlags zu leiden und zu tragen haben. Sie sollten aber wissen, dass sie nicht allein sind. Es gibt Millionen, die um sie wissen.

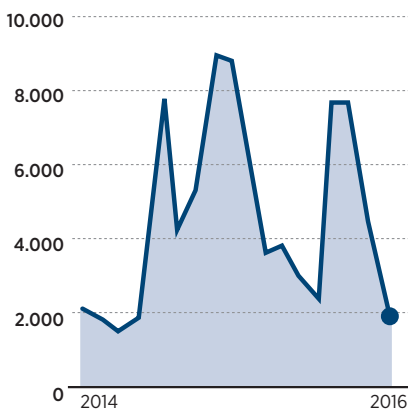
In Trauer, Bestürzung und Anteilnahme

Wolfgang Gerhardt

für die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit
Herausgeber des Magazins *liberal*

WAS UNS AUFFIEL Griechenland? War da was?

Artikel zum Thema Griechenland
in deutschen Printleitmedien
(pro Halbjahr)



Quelle: Handelsblatt

GUT GESAGT

„Es gibt in unserem Land nicht nur die Bedürftigen, die sich auch weiterhin unserer Solidarität sicher sein sollen, und auf der anderen Seite die Superreichen. Sondern es gibt Millionen Menschen dazwischen. Die Menschen aus der Mittelschicht haben die Sorge, was aus ihrem Leben wird, auch weil sie merken, dass der Staat etwa im Bereich Sicherheit, Bildung oder der Infrastruktur seinen Anforderungen nicht mehr gerecht wird.“

Christian Lindner, FDP-Parteivorsitzender



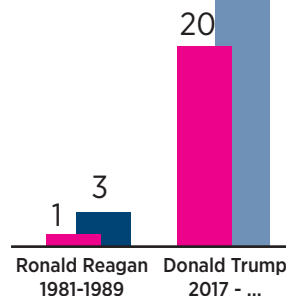
Trump/Reagan: Wiederholt sich die Schuldenspirale?

Mit Steuersenkungen auf Pump und einem gewaltigen Ausgabenprogramm will Donald Trump die US-Wirtschaft ankurbeln. Der Blick zurück lässt Schlimmes befürchten: Schon Vorgänger Ronald Reagan türmte so einen riesigen Schuldenberg auf.



↑
Brüder im Geiste: Der junge Trump trifft Reagan. Heute wandelt er auf seinen Spuren.

Schuldenstand
bei Amtsantritt
am Ende der Amtszeit



Angaben in Billionen US-Dollar



HILDEGARD HAMM-BRÜCHER Trauer um eine Demokratin mit Leidenschaft und eine eigenwillige Liberale

Zum Tod von Hildegard Hamm-Brücher am 7. Dezember 2016 erklärt der Vorstandsvorsitzende der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, Wolfgang Gerhardt: „Hildegard Hamm-Brücher zählte immer zu den Persönlichkeiten, die auf dem politischen Weg der FDP bemerkbare Spuren hinterlassen haben. Eine geschriebene Verfassung braucht Persönlichkeiten, die sie in der gesellschaftlichen Wirklichkeit auch tragen. Hildegard Hamm-Brücher hat unsere freiheitliche Verfassung im gesellschaftlichen Leben belebt. Sie trat für sie ein, sie war unbequem, sie benannte Konflikte beim Namen. Sie tat das manchmal, wenn es ihr notwendig erschien, auch sehr klar, aber sie beherrschte auch das Florett. Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, deren Kuratorin sie war, hat ihr viel zu verdanken. Wir verabschieden uns nun schweren Herzens von Hildegard Hamm-Brücher, einer leidenschaftlichen Demokratin und eigenwilligen Liberalen. Wir werden sie nicht vergessen. Sie hat eine unglaubliche Lebensleistung für sich selbst, für ihre Familie und für die Bundesrepublik Deutschland erbracht. Dafür schulden wir ihr großen Dank.“

Hildegard Hamm-Brücher wurde unmittelbar nach der Gründung der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit 1958 in das Kuratorium berufen, dem sie 35 Jahre lang angehörte.

WAS DANACH GESCHAH

Historiker **MICHAEL WOLFFSOHN** wurde vom Deutschen Hochschulverband Ende 2016 zum „Hochschullehrer des Jahres“ gekürt. Nicht nur wegen seiner Verdienste als Dozent, sondern auch wegen seiner Rolle als Querdenker, unter anderem beim Projekt „Gartenstadt Atlantic“, über die *liberal* in Ausgabe 6/2016 berichtete.



Fast 70-mal

wurden die Schuldenregeln des Maastrichter Vertrags bis heute von allen Mitgliedsländern gebrochen, hat der renommierte Schweizer Vermögensverwalter Felix W. Zulauf jüngst errechnet.

Termin

Am **31. Januar 2017** findet die große Abschlussveranstaltung von **Kiel, be innovative!** statt. FDP-Chef und Gründer Christian Lindner diskutiert mit den Teilnehmern über die Frage, was sich in Deutschland ändern muss, damit Ideen nicht in der Schublade versauern, sondern ihren Weg in die Köpfe der Bürger finden können.

Informationen: bit.ly/Kielinnovative

Schwerpunkt:
Die Welt am
Scheideweg

DIESE FREIHEIT NIMMT UNS KEINER

Zum Jahreswechsel 2016/2017 gleicht die politische Weltlage der nach einem tektonischen Beben. Demokratie und Freiheit sind auf dem Rückzug, während sich der Autoritarismus rund um den Erdball Bahn zu brechen scheint.

Doch bei aller schonungslosen Analyse gibt es für Liberale einen berechtigten Grund, weiterhin optimistisch in die Zukunft zu blicken. Gerade Europa erweist sich – trotz aller inneren Zerrissenheit, trotz Brexits und der Krise in Italien, trotz des Rechtsdralls in Frankreich – als erstaunlich robust. Der Kontinent mag zwar „alt“ sein, hat aber das Kämpfen nicht verlernt. Um eine Zukunft zu haben, muss sich Europa aber politisch wie wirtschaftlich neu finden und neu erfinden. **Wolfgang Clement, früherer Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit, beschreibt ab Seite 28, wie die Renaissance Europas gelingen könnte. Auch Außenpolitikanalyt Ulrich Speck hält in seinem Essay ab Seite 14 den Stopp der Populisten für möglich.**

Mut machende Signale, allen voran aus dem Munde des Eröffnungsredners Joachim Gauck, strahlte Ende 2016 auch der „**Europäische Zukunftskongress**“ der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit aus. Liberale Politiker aus ganz Europa sendeten damit ein starkes Zeichen gegen die europapolitische Larmoyanz und beschrieben zugleich sehr konkret, wie und wo sich Europa und seine Institutionen wandeln müssen. **Den Bericht zur Konferenz lesen Sie ab Seite 9.**

Auch Xavier Bettel, liberaler Premierminister des Großherzogtums Luxemburg, war Gast des Kongresses und nahm kein Blatt vor den Mund.

Das tut Xavier Bettel auch nicht im Interview mit uns auf den Seiten 12 und 13.

Bettel fordert eine zügige und vor allem grenzüberschreitende Digitalisierung Europas. Hier hinkt der Staatenverbund den USA um Längen hinterher. Wie es besser geht, macht ausgerechnet das kleine Estland vor: Dort gibt es bereits seit der Jahrtausendwende für jeden Bürger das verbriefte Recht auf einen Internetanschluss. **Einen Snapchat aus der Hauptstadt Tallinn lesen Sie ab Seite 26.**

Offenheit hier, Abgeschlossenheit dort: Donald Trump will die USA mit einem noch gewaltigeren Grenzzaun gegen Einwanderer aus Mexiko schützen. Dabei ist der heutige Wall schon gewaltig, zerreißt Familien und zerstört Leben. **Eine beeindruckende Fotoreportage erwartet Sie dazu ab Seite 20.**

Einst zählten auch die USA zu den komplett freiheitlichen Flecken dieser Erde. Ob das aber unter Trump so bleibt? **Weltweit jedenfalls nimmt das Phänomen der „Shrinking Spaces“ dramatisch zu – mehr dazu ab Seite 24.** Der Ausblick unseres aktuellen Schwerpunkts bleibt indes versöhnlich: **An den grundlegenden Einstellungen zum Thema Freiheit hat sich hierzulande wenig verändert (Seite 32).**





MUTIGES ZEICHEN GEGEN DIE LARMOYANZ

Am 8. Dezember 2016 – fast auf den Tag genau 25 Jahre nach Ratifizierung des Maastrichter Vertrags – trafen sich Liberale aus ganz Europa auf Einladung der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit zur „Europäischen Zukunftskonferenz“. Das Fazit: Es gibt viel zu tun – packen wir es mutig an!

TEXT: FLORIAN FLICKE • FOTOS: REGINA SABLOTNY

Wolfgang Gerhardt, Vorstandsvorsitzender der Stiftung für die Freiheit, formulierte bereits in seinen einführenden Worten die zentrale Botschaft des Tages. Und viele liberale Spitzenpolitiker aus ganz Europa, die nach ihm das Wort ergriffen, wiederholten diese Aussage immer wieder sinngemäß: „Wenn wir die Europäische Union nicht hätten, müssten wir sie erfinden.“

Da wir sie haben, müssen wir sie verbessern.“ Auch Bundespräsident Joachim Gauck, der mit seiner fulminanten Eröffnungsrede die „Europäische Zukunftskonferenz“ mit mehr als 600 Teilnehmern im „Kosmos Berlin“ einläutete, griff diesen zentralen Gedanken auf.

Es gibt laut Gauck nur eine Antwort auf die politischen und wirtschaftlichen Krisen des Kontinents, den Brexit, die übrigen

Fliehkräfte an den Rändern der Gemeinschaft, den Aufstieg der Populisten und Autokraten sowie die Wahl Donald Trumps zum neuen US-Präsidenten: eine noch engere Zusammenarbeit und einen noch engeren Zusammenschluss der europäischen Staaten. Gauck machte aber zugleich klar, dass dies „weder die Auslöschung nationaler Identitäten noch nationaler Kulturen“ bedeute. →

Für den Blick nach vorn nutzte Gauck in seiner Rede den Blick in den historischen Rückspiegel - und zitierte umfassend aus einem Beitrag, den Sir Ralf Dahrendorf bereits vor fast zwei Dekaden in der „Zeit“ veröffentlicht hatte. Der 2009 verstorbene große Liberale und frühere Vorstandsvorsitzende der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit beleuchtet darin nach Gaucks Worten „geradezu prophetisch“ den Zusammenhang zwischen der Globalisierung und ihren sozialen Folgen. „Dahrendorf wagt einen nüchternen Blick auf Kosten und Nutzen der Globalisierung und kommt schließlich zu dem Schluss, dass ihre sozialen Neben- und Nachwirkungen zur ‚nächsten Herausforderung einer Politik der Freiheit‘ werden“, sagte der Bundespräsident. Gauck wünschte sich, er hätte „diesen Text früher gelesen. Dann hätte ich auch früher verstanden, was auf uns zukommt.“ Sein Rat: „Wer sich an die analytische Weitsicht der großen Vertreter des Liberalismus hält, verringert die Gefahr, von politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen überrascht zu werden.“

„Geeint, aber nicht vereinheitlicht“

Mit Blick auf den Wahlausgang in den Vereinigten Staaten, wo überwiegend - wenn auch nicht ausschließlich - die sozial Abgehängten und die Globalisierungsverlierer für das Modell Populismus gestimmt hätten, sowie vergleichbare Protestbewegungen der unteren Mitte in vielen Staaten Europas, klingt Dahrendorfs Prophezeiung aus dem Jahr 1997 heute aktueller denn je. Jetzt heißt es, diese schnell zu verinnerlichen und die richtigen Lehren aus den aufgeworfenen Fragen und Problemen zu ziehen. Die Globalisierung - so richtig und wichtig sie für die Welt ist - sollte moderiert und sozial abgefedert werden, sonst könnte die Demokratie zwischen den „entfesselten Elementen zerrieben werden“, mahnte der Bundespräsident.

Die EU steht nach Gaucks Worten vor einem ganzen Bündel an Herausforderungen. Die größte sei es, diesen Aufgabenkatalog als gemeinsame Verantwortung zu verstehen. Mit dem überraschenden Wahl-



→ **Entspannter Präsident:** Bundespräsident Joachim Gauck fühlte sich sichtlich wohl als Gast der Stiftung für die Freiheit.



← **Denk ich an Europa ...:** Luxemburgs liberaler Premier Xavier Bettel (rechts) und FDP-Bundesvorsitzender Christian Lindner.

ausgang in den USA werde „auch die transatlantische Partnerschaft in eine neue, noch schwer vorhersehbare Periode eintreten“.

Im ersten von zwei Panels des Tages ging es um die Frage, wie Europa mehr Freiheit und zugleich mehr Wohlstand erzielen kann. Für Christian Lindner, Bundesvorsitzender der FDP, liegt der wohl entscheidende Schlüssel gegen Populismus und Verzweiflung vor allem im fehlenden Mut: „Wir müssen nicht den Wandel fürchten, sondern die Angst.“ Wer ängstlich sei, schotte seine Märkte ab. Wer ängstlich sei, subventioniere alte Industrien und Strukturen, statt etwa mutig Gründer zu fördern oder in die grenzüberschreitende Digitalisierung zu investieren. Auch Xavier Bettel, Premierminister des Großherzogtums Luxemburg, wünschte sich in seinen Statements „mehr Mut, mehr Innovation“ und vor allem mehr Anstrengungen beim Thema Digitalisierung. „Die

Digitalisierung der Wirtschaft läuft zum großen Teil an Europa vorbei“, sagte Bettel und forderte „mehr Erfolgsgeschichten wie SAP“.

Intensivere Zusammenarbeit bedeutet nach Lindners Worten nicht zwangsläufig „mehr Brüssel“. Seine Position brachte er mit diesem Satz auf den Punkt: „Das geeinte Europa darf und muss kein vereinheitlichtes Europa sein.“ Das unterstrich auch Hans van Baalen, Präsident der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa. Wesentlich für eine Renaissance des europäischen Gedankens ist nach van Baalens Meinung die wirtschaftliche Gesundung. Der Niederländer zitierte dabei den früheren US-Präsidenten Bill Clinton: It's the Economy, Stupid! Wenn fast jeder zweite Mitzwanziger in Spanien oder Griechenland mangels Jobs noch bei den Eltern leben müsse, leide das Projekt Europa. Van Baalen forderte ein energischeres Vorgehen der EU bei den Themen Digi-



↑
„Freiheit schützen“:
Alexander Graf Lambsdorff,
Vizepräsident des
Europäischen Parlaments,
machte sich für ein
„europäisches FBI“ stark.



↑
Vereinte Europäer: Die
Liberalen Lindner und
Bettel, umrahmt vom
Moderatorduo Anke
Plättner und Udo van
Kampen.

←
Positiver Ausblick: Für
Schlussrednerin Sabine
Leutheusser-Schnar-
renberger können
Liberalen „populär sein,
aber nie populistisch“.

talisierung und Energiemarkt sowie die Umsetzung des CETA-Abkommens mit Kanada: „Wenn wir nicht mit Kanada ein Handelsabkommen treffen können, mit wem dann?“

Miro Cerar, Ministerpräsident der Republik Slowenien, Alexander Graf Lambsdorff (FDP), Vizepräsident des Europäischen Parlaments, und Ryszard Petru, Vorsitzender der polnischen liberalen Partei „Nowoczesna“, standen zum Thema „Freiheit und Sicherheit in Europa“ beim zweiten Panel auf der Bühne.

Eindrücklich schilderte Cerar die Situation Sloweniens im Flüchtlingsommer 2015: „An einem Tag hat es 12.000 neue Flüchtlinge in meinem Land gegeben, das ist vergleichbar mit 500.000 neuen Flüchtlingen in Deutschland an einem Tag.“ Fast folgerichtig nannte er als Priorität europäischer Politik in der nächsten Zeit die Sicherung der Außengrenzen der EU und

die Lösung der Einwanderungsfrage - ohne jedoch den freien Kontinent komplett abschotten zu wollen. Zudem forderte Cerar von allen Demokraten Europas mehr Einsatz für die gemeinsame Sache: „Wenn wir wollen, dass unsere Werte respektiert werden, müssen wir sie auch verteidigen.“

„Populisten können gestoppt werden“

Nach Meinung von Graf Lambsdorff erwarten die Bürger Europas von der EU zwei Dinge: „Wohlstand und Sicherheit“. Für den Vizechef des EU-Parlaments ist Freiheit kein einmal erreichter Endzustand, sondern permanente Aufgabe. Wer frei sein will, muss sich dafür stark machen. Graf Lambsdorff forderte in diesem Zusammenhang, den „zahnlosen Tiger“ Europol in ein „europäisches FBI“ umzubauen und den dramatisch zunehmenden Cyber- und Propagandaangriffen wachsam und wirksam zu begegnen.

Ryszard Petru, der sich mit seiner liberalen Bewegung den Antidemokraten an der Spitze Polens in den Weg stellt, machte allen Verzagten Mut: „Populisten können gestoppt werden.“ Petru verwies unter anderem auf die Niederlage Norbert Hofers bei den jüngsten Präsidentschaftswahlen in Österreich. Zugleich warf Petru einen Blick voraus und versprach, dass Polen nach einem möglichen Wahlsieg seiner Partei in drei Jahren der Eurozone beitreten werde.

Die Schlussworte übernahm Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Vorstand der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit. Das Ziel der Stiftung und der Konferenz sei vollumfänglich aufgegangen. „Wir haben heute ein Zeichen gegen die europapolitische Larmoyanz gesetzt.“ Und noch eines sei klar geworden: „Liberalen können sehr wohl populär sein - durch klare Haltung. Aber nie populistisch.“



„BRÜSSEL sind wir alle“

Brexit-Beben, Populismuswelle und wirtschaftliche Schwäche: Das Projekt Europa schwächelt gewaltig. Im Exklusivinterview hält Xavier Bettel, Premierminister des Großherzogtums Luxemburg, dagegen. Der Liberale hält die Gemeinschaft trotz aller Probleme für gesund und fordert statt eines Herzchirurgen nur einen Mentaltrainer.

INTERVIEW: KIRSTIN HÄRTIG • FOTO: MAURITIUS IMAGES

Herr Premierminister, die „Europäische Zukunftskonferenz“ der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit Ende 2016 stand unter dem Motto „Reshaping Europe“. Bedeutet das, dass sich die EU erst neu finden und vor allem neu erfinden muss, will sie eine Zukunft haben?

Die Europäische Union ist zunächst ein Friedensprojekt, ein sehr erfolgreiches und historisch anerkanntes Friedensprojekt. Als solches muss es sich nicht neu finden und auch nicht neu erfinden. Wir sollten anerkennen und der Europäischen Union zugestehen, dass sie der Garant für Sicherheit, Frieden und Freiheit auf unserem Kontinent ist. Darüber hinaus sollten wir ebenfalls anerkennen, dass die EU in vielen Bereichen äußerst positive Auswirkungen auf das Leben und den Alltag von uns Bürgern, von Arbeitnehmern und Arbeitgebern innerhalb der Union hat. Wir tendieren dazu, vieles als selbstverständlich abzutun, was eigentlich außergewöhnlich und herausragend ist. Wir leben heute in einer Union, wo man spontan quer durch Europa reisen kann, ohne, dass das irgendeine Formalitäten voraussetzt. Man darf arbeiten, wo man will, kann auf eine einheitliche Gesundheitsversorgung setzen, man kann sich als Deutscher in Luxemburg, Bukarest, Paris, Athen, Mallorca oder Ljubljana verlieben, heiraten, sich scheiden lassen, vor Gericht ziehen, einen Job annehmen, ihn wieder kündigen, ein Konto eröffnen, ein Fahrzeug kaufen, den Führerschein machen und am Ende wieder mit allem nach Berlin zurückkehren. Der Führerschein bliebe gültig, die Scheidungspapiere auch. Wir profitieren täglich von hohen Umwelt- und Lebensmittelstandards, von sozialpolitischen Errungenschaften, Arbeitsschutz und so weiter. Wir sollten dies endlich anerkennen und positiv darüber reden.

Meinen Sie mit dieser Kritik auch die Politik?

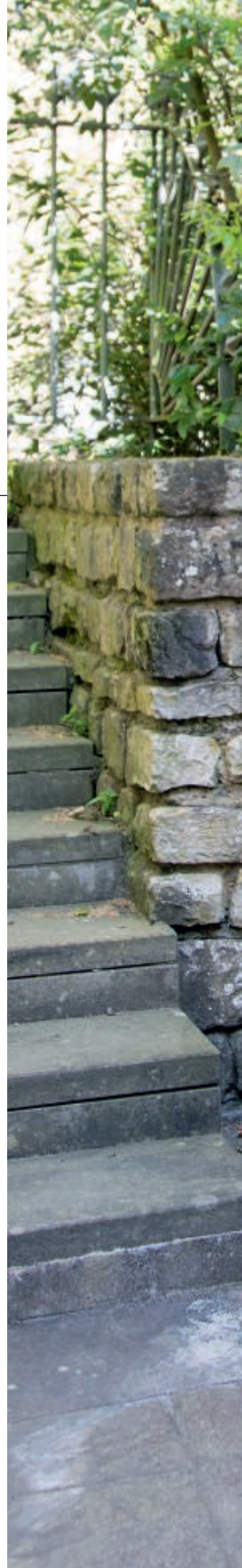
Auch wir als Politiker müssen aufhören, diese Errungenschaften als eigene Erfolge zu verkaufen und die eher unbequemen Wahrheiten den Bürgern als „Bürde aus Brüssel“ zu vermitteln. Die EU muss sich als solche also nicht neu finden oder erfinden, sondern ihre Vertreter – und da schließe ich mich selbst gar nicht aus – müssen ihre Darstellung der EU „neu erfinden“. Dann gibt es jedoch auch Bereiche, wo wir unbedingt dran arbeiten müssen. Es stimmt, dass wir uns zu oft mit dem vielen Kleinen und zu wenig mit dem großen Ganzen beschäftigen. Wir müssen auch unsere Strategien anpassen und dafür sorgen, dass der Wirtschaftsraum Europäische Union stärker wird, konkurrenzfähig bleibt und konkurrenzfähiger wird. Das können wir erreichen, indem wir dafür Sorge tragen, dass wir gut ausgebildete Fachkräfte haben, dass unsere Infrastruktur quer durch Europa hohen Standards gerecht wird, dass wir Sicherheit und Stabilität garantieren. Dies sollte unser aller gemeinsames Ziel sein.

War der Brexit ein Unfall der Geschichte oder der Anfang vom Ende des Alten Kontinents?

Weder noch. Das, was am 23. Juni 2016 passierte, ist vor allem ein deutliches Zeichen. Es lehrt uns, dass man nicht wochentags antieuropäisch predigen kann und sich dann wundern darf, dass die EU-Kirche sonntags leer bleibt. Ich glaube, wir brauchen glühende Vertreter der Europäischen Union, die glaubhaft vermitteln können, dass es was zu holen gibt auf diesem „Alten Kontinent“.

Was ist wahrscheinlicher: eine Renaissance Kerneuropas oder das Auseinanderbrechen der EU, wie wir sie heute kennen?

Ich war, bin und bleibe ein Verfechter einer EU, die mit einer Stimme spricht. Leider muss ich jedoch feststellen,





Zur Person

Xavier Bettel steht seit drei Jahren als Premierminister an der politischen Spitze des Großherzogtums Luxemburg. Zuvor war der 43-Jährige zwei Jahre Bürgermeister der Stadt Luxemburg. Zwischen 2013 und 2015 führte Bettel als Parteivorsitzender der Demokratesch Partei die liberale Partei des kleinen europäischen Landes mit rund 560.000 Einwohnern. Bis zu seiner Wahl zum Bürgermeister von Luxemburg war er auch als Rechtsanwalt tätig.

dass dies zurzeit in vielen Bereichen unrealistisch und nicht durchführbar ist. Dann sollte man auch pragmatisch bleiben und bei Fragen wie der Flüchtlingspolitik eben in anderen Bündnissen eine engere Zusammenarbeit anstreben. Dadurch bricht die EU nicht auseinander, sondern wird sogar stärker. Man sollte nicht die gesamte Staatenunion lähmen, weil einzelne Mitgliedsstaaten unbeweglich sind. Es gibt zahlenmäßig wesentlich mehr Bereiche, wo die paneuropäische Zusammenarbeit auf exzellente Art und Weise funktioniert, als solche, wo sie nicht funktioniert.

Wo genau müssen die noch 28 Mitgliedsländer der EU den Hebel ansetzen? Woran krankt Europa am meisten?

Na ja, die Frage ist ja gerade, ob 28 oder 27 Mitgliedsstaaten die Hebel ansetzen müssen. Ich denke, dass man nicht von einer kranken oder kränkelnden EU sprechen kann. Die EU ist körperlich kerngesund. Die Stimmung ist nur gerade ziemlich im Keller und wir benötigen eher einen Mentaltrainer als einen Herzchirurgen, um die EU wieder fit zu bekommen.

Brauchen wir mehr oder weniger EU? Mehr Freiheit für die Nationen, weniger Macht für Brüssel? Oder im Gegenteil endlich, wie es mancher fordert, die Vollendung der Wirtschafts- und Sozialunion?

Wer ist Brüssel? Brüssel ist Frau Merkel ebenso wie Xavier Bettel. Brüssel sind deutsche EU-Parlamentarier, ein deutscher EU-Kommissar und Bundesminister in den Ratssitzungen. Brüssel ist nicht irgendein Leviathan, der nach absoluter Macht greift. Nein, Brüssel sind wir alle, und wir sollten auch dazu stehen. Wir brauchen mehr EU für das Große und etwas weniger EU für das Kleine.

Weltweit sind Populismus und Autoritarismus auf dem Vormarsch – selbst in den USA. Wie konnte es so weit kommen und wie lautet Ihr Rezept gegen die „Shrinking Spaces“?

Wir müssen das sehr offensiv angehen und bekämpfen. Ich halte nichts davon, sich einschüchtern zu lassen und zu versuchen, das Populistische irgendwie zu kanalisieren. Nein. Dadurch, dass man rechtspopulistische Thesen in abgeschwächter Form aufgreift, macht man das „Original“ nur stärker. Man muss das Kind beim Namen nennen und vor Faschisten und demokratiefeindlichen Populisten ganz deutlich warnen und den Menschen vor Augen führen, was es hieße, wenn eine Marine Le Pen oder ein Geert Wilders an der Macht wären. In einem Abschlusssatz: Europa kann gestärkt aus dieser Krise hervorgehen, wenn es sich auf seine Wurzeln besinnt und wieder für Begeisterung bei den Menschen sorgt.

DIE KRISE DER LIBERALEN ORDNUNG

TEXT: ULRICH SPECK • ILLUSTRATION: THOMAS KUHLENBECK

Die Globalisierung, das auf offene Grenzen und offene Gesellschaften gegründete Weltsystem, gerät immer stärker in die Kritik. In der Vergangenheit haben sich vor allem linke Antikapitalisten und rechte Nationalisten gegen die Globalisierung gewandt. Die politische Mitte hingegen stand solide dahinter. Mit dem rasanten Aufstieg des Populismus in die Zentren der Macht jedoch ist die Mitte selbst ins Wanken geraten.

Der künftige US-Präsident Donald Trump erklärt: „Amerikanismus, nicht Globalisierung wird unser Credo sein.“ Trump beschuldigt Globalisierung und Immigration, für den Niedergang der amerikanischen Arbeiterklasse verantwortlich zu sein. Auf unserer Seite des Atlantiks hat sich Großbritannien dazu entschlossen, die Europäische Union zu verlassen. Eine wesentliche Rolle hat dabei der Wunsch gespielt, die Zahl der im Lande lebenden Ausländer zu begrenzen.

In Frankreich könnte die Chefin des offen fremdenfeindlichen Front National, Marine Le Pen, nächste Präsidentin werden. Le Pen hat versprochen, ebenfalls ein Referendum über die EU-Mitgliedschaft ihres Landes abzuhalten. In Ungarn philosophiert Premierminister Victor Orbán derweil über die Vorzüge der „illiberalen Demokratie“: eine populistisch-demokratische Ordnung, die auf jene die Freiheit sichernden Garantien der Verfassungsordnung, wie sie im Westen seit der Aufklärung entwickelt wurden, verzichtet.

Die neuen Populisten rücken offene Grenzen und offene Gesellschaften ins Zentrum ihrer Attacken. Globalisierung und Kosmopolitismus sind in ihren Augen schuld am Niedergang der Wirtschaft, an wachsender Unsicherheit und am moralischen Niedergang der Gesellschaft. Sie versprechen eine weitaus homogenere Gesellschaft und eine weitaus schärfere Kontrolle über das Territorium und seine Grenzen.

Donald Trumps Ankündigung, eine Mauer an der Grenze zu Mexiko zu bauen, signalisiert das Ende einer Ära, die mit dem Fall einer anderen Mauer begann, der Berliner Mauer. Nach 1989, in der Ära nach dem Kalten Krieg, entwickelte sich die liberale Ordnung, die seit 1945 unter amerikanischer Regie im Westen aufgebaut worden war, zur globalen Norm. Globalisierung, ein Konzept, das die 1990er-Jahre prägte, bedeutet im Kern nichts anderes als die Ausweitung der liberalen Ordnung des Westens in die globale Dimension. Liberale Demokratie und Marktwirtschaft auf der Ebene der Staaten, →



ergänzt um die enge Zusammenarbeit von Regierungen und den Aufbau eines transnationalen Raums, in dem Menschen, Waren, Kapital und Informationen sich möglichst frei bewegen können – darin bestand die politische Vision einer neuen, einer liberalen Weltordnung nach dem Ende des Kalten Krieges. In der neuen Ära, in die wir gerade eintreten, gerät diese am Wert der Freiheit orientierte Vision in die Defensive. Sie wird attackiert nicht im Namen eines anderen Universalismus, sondern im Namen des Partikularismus: Es geht wieder um den Primat von Nation, Staat und Grenzen.

Wenn die neuen Populisten den Wettbewerb gewinnen, dann geht die liberale Epoche zu Ende. Wir müssen damit rechnen, dass Staaten wieder autoritärer werden und Gesellschaften sich von individuellen Freiheiten abwenden. Im Namen des Aufstands gegen das Establishment regierende Populisten scheren sich nicht um Regeln und etablierte Normen. Institutionelle Gegengewichte haben es schwer, wenn die Attacken aus dem politischen Machtzentrum selbst kommen. Die Wendung gegen die Globalisierung dürfte dazu führen, dass Grenzen den Fluss von Menschen, Waren, Kapital und Information zumindest teilweise wieder stärker hemmen, was zu wirtschaftlichem Niedergang führen könnte. Minderheiten haben es schwer in einer illiberalen Ordnung, was zu mehr innengesellschaftlichen Spannungen und Konflikten führt.

Im internationalen Bereich würde es ebenfalls zu massiven Konflikten kommen. Wenn es erheblich weniger organisierte Kooperation zwischen Staaten gibt, wächst das Misstrauen und die Unsicherheit. In einer illiberalen Welt kann sich Macht frei und willkürlich entfalten, nicht mehr begrenzt durch Übereinkünfte, Gewohnheiten, Regeln und internationale Institutionen. Statt uns Kants „Ewigem Frieden“ anzunähern, würden wir uns in Richtung von Darwins „Überleben des Stärkeren“ oder von Hobbes' „Krieg aller gegen alle“ bewegen.

Eine illiberale Welt könnte ähnlich aussehen wie das Europa der 1930er-Jahre, als Amerika sich auf einem isolationistischen Kurs befand, als der Völkerbund die europäische Ordnung nicht bewahren konnte, weil ihm die Unterstützung durch die führenden Mächte fehlte, als die globale Wirtschaft von Krisen geschüttelt wurde und als xenophober Nationalismus, Chauvinismus und Faschismus das politische Denken eroberten.

Den amerikanischen Architekten der europäischen Neuordnung nach dem Zweiten Weltkrieg ging es darum, die Wiederkehr einer Situation wie in den 1930er-Jahren zu vermeiden. So wie die Bundesrepublik als Gegenentwurf zum Nazi-Staat aufgebaut wurde, so wurde auch die westliche Ordnung unter amerikanischer Regie als Gegenentwurf zu den 1930er-Jahren konzipiert.

Die neue Ordnung sollte von amerikanischer Macht abgestützt und garantiert werden – anders als nach dem Ersten Weltkrieg, als Europa unter Führung von Woodrow Wilson eine neue Ordnung erhielt, Amerika sich aber anschließend wieder von Europa abwandte. Mithilfe von internationalen Institutionen sollten Konflikte frühzeitig entschärft werden, an die Stelle einer darwinistischen Ordnung, in der der Stärkere tun konnte, was er wollte, sollte eine liberale Ordnung treten, bei der Staaten in ein dichtes Netzwerk von Kooperationen eingebunden wurden.

Und tatsächlich, unter amerikanischer Führung entfaltete sich eine liberale Ordnung im Westen. Die lange Krise zwischen 1914 und 1945, die zur Selbstzerstörung Europas geführt hatte, wurde überwunden. Westliche Gesellschaften prosperierten wie nie zuvor und waren freier denn je. Aus Erbfeinden wurden Partner, wirtschaftlicher Austausch und Kooperation traten an die Stelle von Wettbewerb und Konflikt, Vertrauen trat an die Stelle von Angst. Grenzen zwischen liberalen Demokratien verloren ihre trennende Bedeutung; der internationale Fluss von Menschen, Waren, Kapital und Informationen wuchs ständig an.

An der liberalen Ordnung des Westens scheiterte auch ihr Gegenmodell, der von der Sowjetunion machtpolitisch angeführte autoritäre Sozialismus. Je länger der Systemkonflikt anhielt, umso deutlicher wurde der Kontrast zwischen gutem Leben im Westen und Armut, Unfreiheit und Rückständigkeit im Osten. Mit dem Niedergang sowjetischer Macht wurde der Würgegriff der Zentrale schwächer; Ost- und Mitteleuropa setzten alles daran, sich der liberalen Ordnung des Westens zu assoziieren.

Der Triumph der liberalen Ordnung schien endgültig, die Geschichte, verstanden als Kampf eines Wettbewerbs von Ordnungsentwürfen, ihr glückliches Ende erreicht zu haben. Auch Russland schien sich auf dem Weg der Transformation zur liberalen Demokratie zu befinden, ein zwar schwieriger Weg, der aber ein klares Ziel zu haben schien. Die chinesische Führung setzte auf ökonomi-

Wir müssen damit rechnen, dass Staaten wieder autoritärer werden und Gesellschaften sich von individuellen Freiheiten abwenden.

Wenn Amerika nun seine internationalen Interessen weitaus enger definiert, verliert die globale liberale Ordnung ihre machtpolitische Fundierung.

sche Modernisierung, um politische Modernisierung zu verhindern. Alles in allem transformierte sich die liberale Ordnung des Westens in eine globale Ordnung. Amerika, als Herzland der liberalen Demokratie und als zugleich mächtigstes Land der Welt, war die natürliche Führungsmacht dieser Ordnung.

Die Welt wurde, in den Worten von Thomas L. Friedman, immer „flacher“ – ein „globales Dorf“, in dem Distanzen dahinschwanden und Grenzen an Bedeutung verloren, dank sinkender Kosten für Transport und dank des Internets. Globalisierung schien über Geopolitik zu triumphieren.

Zwar gab es Rückschläge. Die Bürgerkriege in Jugoslawien in den 1990er-Jahren; das wachsende Selbstbewusstsein der autoritären Eliten in Russland und China; Kriege im Nahen Osten, die die öffentliche Meinung im Westen polarisierten; die Weltfinanzkrise, die 2008 begann. Doch all diese Probleme wurden als Herausforderungen gesehen, denen mit den Instrumenten der liberalen Ordnung zu begegnen wäre – mit mehr Zusammenarbeit der Staaten in den Institutionen der liberalen Ordnung. Mehr, nicht weniger Globalisierung, lautete die Antwort auf die wesentlichen Herausforderungen. Das könnte sich jetzt ändern.

Globalisierung ist kein automatischer, selbsttragender Prozess. Sie wird gesteuert und getragen von Staaten. Grenzen durchlässig zu machen, globale Freiräume zu schaffen und die Welt zu vernetzen, all das erfordert politischen Willen von Staaten, vom normativen Gefüge über die Gewährleistung von Sicherheit bis hin zum Ausbau der Infrastruktur. Der Staat, der die treibende und tragende Kraft der Globalisierung war, sind die USA.

In den letzten Jahren ist es aber zweifelhaft geworden, ob die Amerikaner diese Rolle auch weiterhin spielen wollen. 57 Prozent der Amerikaner sagen, die USA sollten sich nur noch um ihre eigenen Probleme kümmern und es anderen Ländern überlassen, sich selbst um ihre eigenen Probleme zu kümmern. Barack Obama und Donald Trump sprechen beide von Alliierten verächtlich als „free rider“, als Trittbrettfahrer, nicht willens, ihren Teil der Lasten zu tragen. Wo Obama das „nation building“ zu Hause in den Vordergrund gestellt hat, spricht Trump von „Amerika zuerst“.

Die Tendenz zum Rückzug aus weltpolitischer Verantwortung ist mehr als eine zeitweilige Verirrung amerikanischer Außenpolitik. Amerika ist immer weniger bereit, die überdimensionierte Rolle zu spielen, die es nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs übernommen hat. Das ist auch verständlich. Europa ist weitgehend frei und seit

vielen Jahren geeint, und seit Jahrzehnten hat kein ernst zu nehmender Wettbewerber Amerikas Überleben bedroht. Weder der Terrorismus noch China haben die Sowjetunion als permanente existenzielle Bedrohung ersetzt. Warum soll der Steuerzahler in Oklahoma sich verantwortlich für die Sicherheit von Georgien fühlen?

Wenn Amerika nun seine internationalen Interessen weitaus enger definiert, verliert die globale liberale Ordnung ihre machtpolitische Fundierung. Die entscheidende Frage ist dann, ob die liberale internationale Ordnung auch ohne diese Fundierung überleben können. Handelt es sich um eine Ordnung, die sich mittlerweile selbst erhalten kann, oder hängt ihre Existenz weiterhin ab von amerikanischer Führung und amerikanischer Bereitschaft, gegen Störer vorzugehen, vor allem in Konflikten von systemischer Relevanz wie in Osteuropa, dem Nahen Osten und dem Südchinesischen Meer? Was passiert, wenn die USA sich zurückziehen? Füllen dann andere liberale Demokratien das Vakuum, oder tun dies vor allem autokratische Länder wie Russland und China sowie Mächte des Chaos und der Zerstörung wie der IS?

Obama war in seinen zwei Amtszeiten hin- und hergerissen zwischen zwei Impulsen. Zum einen dem Bemühen, auf das Drängen im eigenen Land zu reagieren und weniger international zu tun, vor allem weniger mit militärischen Mitteln. Zum anderen dem Druck von außenpolitischen Eliten in Washington und von internationalen Partnern, sich weltweit nicht weniger, sondern mehr zu engagieren. Obama hat sich an der Quadratur des Kreises versucht: Amerikas globale Präsenz zu reduzieren, ohne aber die globale Ordnung zu schwächen.

Dabei ist er nur teilweise erfolgreich gewesen. Syrien, wo Obama einen Zickzackkurs gefahren ist, ist zum Desaster geworden. Auf der einen Seite wurde der Aufstand gegen Assad von Obama ermutigt. Auf der anderen Seite hat Washington diese Rhetorik nicht mit entsprechenden Taten untermauert. Das Ergebnis ist ein von Krieg zerstörtes Land, ein gestärktes Russland und der Aufstieg des IS als eine der erfolgreichsten modernen Terrororganisationen, die sogar erhebliches Territorium unter ihre Kontrolle bringen konnte. Die Probleme der Türkei sind durch den Krieg in Syrien zumindest verschlimmert worden, die EU erlebte eine massive Flüchtlingskrise und eine Reihe IS-inspirierter Terrorattacken.

Der Ukraine-Konflikt hingegen zeigt, dass unter den richtigen Umständen amerikanische Partner tatsächlich eine weitaus größere Rolle spielen können als in der Vergangenheit. Deutschland hat die Führung im Konfliktmanagement mit Russland übernom- →

men, zumindest in Bezug auf Sanktionen und Diplomatie. Washington und Berlin haben sich engstens abgesprochen; die USA haben eine Führungsrolle bei der militärischen Rückversicherung von Nato-Alliierten übernommen. Eine Arbeitsteilung zwischen Berlin und Washington, die tatsächlich wie die „partnership in leadership“ aussah, die Präsident George H. W. Bush vorgeschwebt haben mag, als er in einer Rede in Mainz im Mai 1989 diesen Begriff prägte.

Im pazifischen Asien hingegen, der dritten Schlüsselregion, ist China in den Obama-Jahren deutlich aggressiver geworden. Peking ist von seiner Status-quo-Politik in den territorialen Konflikten im Süd- und Ostchinesischen Meer abgerückt und hat begonnen, die Rechte kleinerer Nachbarn offensiv zu bestreiten. Die Lage ist erheblich schwieriger geworden, zumal es in der Region, anders als in Europa, kein System kollektiver Sicherheit gibt.

Amerikas Bereitschaft, mit der eigenen Macht die liberale Ordnung abzustützen, bleibt für den Erhalt dieser Ordnung entscheidend. Wenn Washington beschließt, dass es nicht mehr der Mühe wert ist, Alliierte zu stützen und die Rechte kleinerer Staaten zu verteidigen, wenn Russland und China freie Hand in ihrer Nachbarschaft gelassen wird, dann ist der Fortbestand der liberalen internationalen Ordnung bedroht.

und ökonomische Entfaltung für alle. Ihre Macht gründet ja gerade auf der Verhinderung von politischem und wirtschaftlichem Wettbewerb. Demokratie und Marktwirtschaft möglichst fernzuhalten ist für sie ein existenzielles Interesse.

Beide wollen das autoritäre System, das sie zu Hause aufgebaut haben, in den internationalen Beziehungen widergespiegelt sehen: eine Ordnung nach dem Prinzip von Putins „Machtvertikale“, in welcher der Mächtige kommandiert und der Schwächere sich zu unterwerfen hat, ohne Rechtsansprüche geltend machen zu können. Nach dieser Vorstellung müssen kleine Länder wie Vietnam oder die Philippinen schlichtweg akzeptieren, dass China fast das gesamte Südchinesische Meer für sich beansprucht, und dass Russland eine Oberherrschaft über Länder wie Georgien und die Ukraine ausübt.

Chinas wie Russlands Ordnungsvorstellung ist eben nicht multilateral, sondern multipolar: an die Stelle der rechtlichen Gleichheit souveräner Staaten, dem Grundprinzip der UN-Charta, tritt eine um wenige Zentren gegliederte hierarchische Ordnung der Staaten. Die bestehende liberale Ordnung, die auf dem Konsens zwischen weitgehend souveränen, weitgehend gleichberechtigten Staaten beruht, steht diesem imperialistischen Entwurf im Weg.

Wenn Washington beschließt, dass es nicht der Mühe wert ist, Alliierte zu stützen und die Rechte kleinerer Staaten zu verteidigen, ist der Fortbestand der liberalen internationalen Ordnung bedroht.

Beide, Moskau und Peking, haben andere Vorstellungen von internationaler Ordnung. Die herrschenden Eliten in beiden Ländern wollen mehr internationalen Einfluss, ihnen passt das internationale System in seiner derzeitigen Gestalt nicht, und sie sind bereit, substanzielle Ressourcen zu investieren, um dies zu ändern.

Das heißt nicht, dass beide eine vollkommen andere Ordnung wollen. Chinesische und russische Eliten haben in der Zeit nach dem Kalten Krieg in immensum Maß von der liberalen Ordnung wirtschaftlich profitiert; durch die ökonomische Öffnung zur amerikanischen geprägten Welt konnten sie ihre Herrschaft stabilisieren. Doch wollen sie viele Regeln ändern und ihre relative Position innerhalb des Systems verbessern.

Ein wesentlicher Grund für das Unbehagen Moskaus und Pekings an der liberalen Ordnung ist, dass diese im Kern auf dem Konzept politischer und ökonomischer Freiheit beruht. Für autokratische Eliten gibt es kaum etwas Bedrohlicheres als die freie politische

Auch wenn Moskau und Peking ähnliche Einwände gegen die liberale Ordnung haben, ist eine echte Allianz zwischen beiden unwahrscheinlich. Beide stehen in Zentralasien im Wettbewerb über Einfluss (den China ökonomisch gewinnt). Und aus Pekinger Sicht kann Russland angesichts seiner ökonomischen Zweitklassigkeit nur die Rolle eines Juniorpartners spielen; das aber kann der Kreml nicht akzeptieren. Beide sind dennoch daran interessiert, ihre internationale Agenda voranzutreiben, insbesondere in Bezug auf regionale Vorherrschaft. Und für beide sind amerikanische Schwäche und Stärke Schlüsselvariablen, die ihren Bewegungsspielraum determinieren. Konflikte mit den USA dienen ihnen als Instrumente herauszufinden, wo sie jeweils stehen.

Für Putin wäre es ein enormer Triumph, Assad an der Macht zu halten, nachdem Obama erklärt hatte, der syrische Diktator „müsse gehen“. Ein Sieg im Kreuzzug gegen das, was der Kreml als amerikanische Strategie des „regime change“ im postsowjetischen Raum

Die Institutionen der Freiheit erhalten sich nicht selbst; sie brauchen permanente Fürsorge und Erneuerung.

und in der arabischen Welt ansieht; ein Zurückrollen der demokratischen Welle. Und wenn der chinesische Präsident Xi es schafft, seine territorialen Ansprüche im Südchinesischen Meer geltend zu machen und den Widerstand dagegen zu neutralisieren – wonach es aussieht –, dann zeigt das, dass Peking nun unilateral die Regeln der internationalen Ordnung in seiner Nachbarschaft bestimmt.

Die liberale Ordnung wird in die Zange genommen. Von innen von populistischen Politikern, die sich gegen offene Grenzen und offene Gesellschaften wenden, und von außen von autokratischen Herrschern, die die internationale liberale Ordnung schwächen. All dies verstärkt sich wechselseitig, viele Populisten bewundern Putin, und Putin bemüht sich um die Unterstützung von Populisten im Westen.

Und die Krisenstimmung im Westen wiederum ermutigt autokratische Herausforderer, Risiken einzugehen, um die eigene Agenda außenpolitisch voranzutreiben. Die Kriege in der Ukraine und Syrien und die Konflikte Chinas mit seinen Nachbarn dienen Russland und China auch dazu herauszufinden, wie morsch die von den USA etablierte und garantierte internationale Ordnung ist.

Solche Konflikte wiederum verstärken die Krisenstimmung im Westen. Russlands Aggression in der Ukraine und seine Drohgebärden gegenüber der NATO haben zu Dissonanzen zwischen NATO-Mitgliedern geführt. Der unterschiedliche Umgang mit den Wellen von Flüchtlingen, hauptsächlich aus Syrien, Irak und Afghanistan, haben einen Keil zwischen Deutschland und seinen östlichen Nachbarn getrieben. Der vom IS inspirierte Terrorismus trägt erheblich zum Gefühl bei, Europa stehe unter Belagerung. Zugleich ist mit der Wahl von Donald Trump zum amerikanischen Präsidenten das Gefühl, letzten Endes auf amerikanische Sicherheitsgarantien zurückgreifen zu können, dahingeschwunden, auch im Westen herrscht jetzt Unberechenbarkeit.

Russland bemüht sich nach Kräften, diese Verunsicherung noch zu verstärken, mit Methoden der Destabilisierung, die an den Kalten Krieg erinnern. Es benutzt eine breite Palette von Instrumenten, um die Fähigkeit des Westens zu schwächen, kohärent und konsistent zu halten, mit dem Ziel, Europa politisch zumindest zu neutralisieren oder, besser, zu kooptieren. Voraussetzung dafür ist die Desintegration Europas und seine Abkopplung von den USA.

China ist weitaus weniger präsent in Europa. Seine Strategie besteht eher darin, einzelne Länder zu umwerben, um sie innerhalb der EU zu Vertretern chinesischer Interessen zu machen. Die Schwierigkeiten der EU, sich selbst auf ein sehr zurückhaltend angelegtes Statement zum Urteil aus Den Haag über die Konflikte im Südchinesischen Meer zu einigen, zeigen jedoch, dass Peking bereits ein Art Veto-Status innerhalb der EU erreicht hat.

Aufstieg von Populismus im Westen, Rückzug Amerikas aus der Position des Garanten der liberalen Ordnung, aggressives Vordringen von mächtigen Autokraten – was hat das politische Establish-

ment dem entgegenzusetzen? Bislang nicht allzu viel. Auf die Kritik an Globalisierung und Freihandel im amerikanischen Wahlkampf hat Hillary Clinton nicht etwa mit einer klaren Verteidigung von Freihandel reagiert, sondern hat der populistischen Stimmung links und rechts nachgegeben und sich gegen TTIP, das von Obama ausgehandelte transatlantische Freihandelsabkommen, gestellt. Und in der britischen Brexit-Debatte hat David Cameron nicht etwa kraftvoll für die britische EU-Mitgliedschaft geworben, sondern ist der EU-feindlichen UKIP nur allzu oft entgegengekommen.

Die politische Mitte muss sich neu aufstellen; das wird mit dem Wahlsieg von Trump nur noch dringlicher. Wenn die Mitte dem Populismus von rechts und links das Feld überlässt, dann wankt die liberale Ordnung: jenes Gefüge von Regeln und Institutionen, das dem Westen Jahrzehnte von Freiheit, Sicherheit und Prosperität garantierten. Die politische Mitte muss eine klare Sprache und eine klare Position finden, um das, was erreicht wurde seit 1945 und 1989, offensiv zu verteidigen: Freiheits- und Mitwirkungsrechte im Staat, Entfaltungschancen in Wirtschaft und Gesellschaft, eine auf Zusammenarbeit und Austausch orientierte internationale Ordnung.

Die Institutionen der Freiheit erhalten sich nicht selbst; sie brauchen permanente Fürsorge und Erneuerung. Liberale Kräfte müssen sich sammeln und dem Ansturm des Populismus entgegentreten. Dazu reicht es nicht aus, das Bestehende zu verteidigen oder rein machtpolitisch auf kurzfristige Geländegewinne zu schauen. Der Liberalismus muss sich intellektuell erneuern, indem er neue Antworten auf neue globale Herausforderungen findet und dem populistischen Narrativ einen neuen Entwurf liberaler Ordnung entgegenstellt. ●

Eine frühere Fassung dieses Essays wurde von der *Neue Zürcher Zeitung* publiziert.

DR. ULRICH SPECK arbeitet als Senior Research Fellow beim Brüsseler Büro des spanischen Thinktanks Elcano Royal Institute. Von September 2015 bis Juni 2016 war er Senior Fellow bei der Transatlantic Academy (GMF) in Washington D.C. Zuvor war er Visiting Scholar bei Carnegie Europe in Brüssel. Ulrich Speck wurde in Frankfurt am Main mit einem Thema zur Geschichte des Liberalismus promoviert. Seine Artikel zu außenpolitischen Themen sind in der *New York Times*, der *Financial Times*, der *Moscow Times*, im *Guardian*, in der *FAZ*, der *SZ*, im *Tagesspiegel* und anderswo erschienen. Speck ist außenpolitischer Kolumnist für die *Neue Zürcher Zeitung*.

@ redaktion@libmag.de

DIE MAUER DER ANDEREN



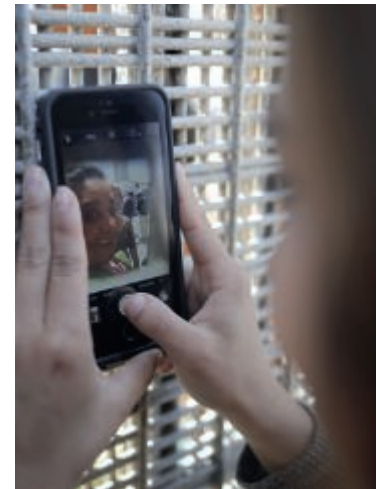
Seinen Wählern hat der neue US-Präsident Donald Trump versprochen, eine Mauer an der Grenze zu Mexiko zu bauen. So will er den Zustrom von Migranten aus dem südlichen Nachbarland eindämmen. Was Trump ganz selten erwähnt hat: Es gibt bereits eine Grenzbarriere. Eindrücke von einem Ort, an dem sich menschliche Tragödien abspielen.



EINE **FOTOREPORTAGE** VON DER US-GRENZE ZU MEXIKO







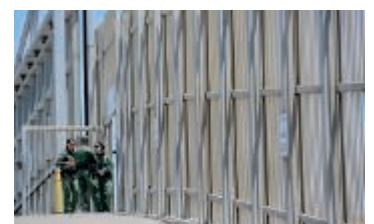
Erzwungene Fernbeziehung: Mexikanische Bürger, die legal oder geduldet in den Vereinigten Staaten leben, können ihre zu Hause gebliebenen Angehörigen am Grenzzaun im sogenannten Friendship Park nahe San Diego am Grenzzaun „besuchen“. Der Park ist die einzige von den US-Behörden geduldete Möglichkeit für Emigranten, mit ihren Familien und Freunden persönlichen Kontakt zu haben.



Fotos: imago/ZUMA Press; Getty Images; dpa; Mauritius Olmages



Unter Beobachtung: Für Besucher, die von der US-Seite in den Friendship Park kommen, gelten strenge Regeln. Geöffnet ist der Park nur zu bestimmten Uhrzeiten am Wochenende. Ein Gitter in der ansonsten weitgehend massiv ausgebauten Grenzanlage, die sich über 2.000 Kilometer erstreckt – knapp zwei Drittel der gesamten Grenze –, erlaubt es, miteinander zu sprechen und Fotos voneinander zu machen. Die US-Grenzbeamten schauen genau zu. Direkter Kontakt ist verboten.



ES WIRD IMMER ENGER

Während weltweit gewählte Autokraten auf dem Vormarsch sind, gerät die Demokratie unter Druck. Unter den „Shrinking Spaces“ leiden nicht nur die Bevölkerungen dieser Länder, sondern auch internationale Akteure wie die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, deren Aktivitäten von den Regimen beschnitten werden.

TEXT: CHRISTIAN TAAKS • FOTO: JOHN KUCZALA

Das einst nach dem Fall der Eisernen Vorhänge von Francis Fukuyama verkündete „Ende der Geschichte“ ist ausgeblieben. Der US-amerikanische Politikwissenschaftler war davon ausgegangen, dass nach dem Zerfall der UdSSR und ihrer Bruderländer Liberalismus, Demokratie und Marktwirtschaft weltweit die verbindlich herrschenden Prinzipien menschlichen Zusammenlebens werden würden. Was wären das für wunderbare Rahmenbedingungen für eine politische Nichtregierungsorganisation (NGO) wie die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit (FNF) gewesen? Sie hätte in ihrer internationalen Arbeit nur für eine Übergangsphase demokratische Reformen, die Etablierung von Rechtsstaatlichkeit und gelebter Freiheit unterstützen müssen - und dann wäre alles erreicht.

Das Ende der Geschichte ist ausgeblieben und die Zahl der Länder, in denen Demokratie und Rechtsstaatlichkeit heute unter einem sehr viel stärkeren Druck stehen als noch vor einigen Jahren, steigt rapi-

de. International tätige Akteure wie die FNF bekommen dies massiv zu spüren, wobei das Instrumentarium, das von den Regierungen und Geheimdiensten der Gastländer angewandt wird, sehr vielfältig ist.

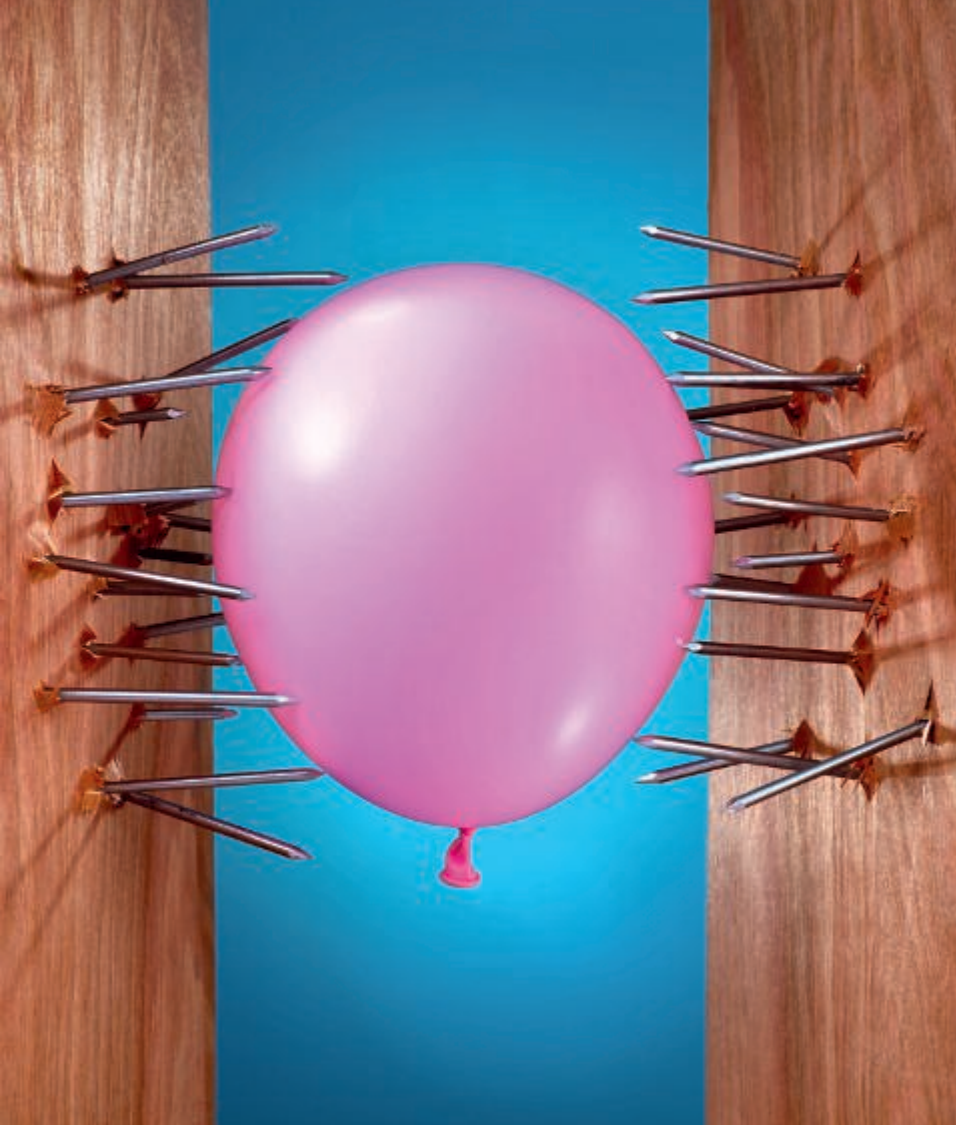
Einen hässlichen Meilenstein, der von anderen autoritären Regimen als inspirierendes Lehrstück sorgfältig studiert wurde, bildet das 2012 in Russland eingeführte Gesetz, das russische NGOs als „ausländische Agenten“ einstuft, wenn sie mit nichtrussischen Organisationen zusammenarbeiten. Eine Liste des russischen Justizministeriums verzeichnet zurzeit rund 100 Organisationen; darunter befinden sich auch Partner der FNF wie beispielsweise die Menschenrechtsorganisation Memorial, die Bewegung zum Schutz der Wählerrechte Golos, das Center for Independent Sociological Research in St. Petersburg und das Meinungsforschungsinstitut Levada Center. Problematisch ist nicht nur, dass das Gesetz jederzeit zur Beschränkung der Projektarbeit angewandt werden könnte, sondern auch, dass viele russische Organisationen

gar keine Kooperation mit Ausländern mehr wagen, da sie nicht als „Agenten“ eingestuft und behandelt werden wollen.

Wie negativ beispielgebend das russische NGO-Gesetz ist, zeigt sich in anderen Ländern, die nun mit Abwandlungen eigene entsprechende Gesetze eingeführt haben. Zum Beispiel Indonesien: Im weltgrößten Inselstaat sieht ein extra erlassenes Gesetz für die FNF und andere ausländische NGOs seit 2013 eine Genehmigungspflicht für alle Maßnahmen sowie die Zuweisung eines staatlichen Partnerministeriums vor.

Die Polizei: kein Freund und Helfer

Auch China, wo die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit bedauerlicherweise seit 1996 nicht mehr vertreten ist, verstärkt seit Jahren den Kontrolldruck auf die politischen Stiftungen aus Deutschland, die sich kontinuierlich verstärkten Restriktionen ausgesetzt sehen. Die chinesische Regierung verabschiedete im April 2016 ein Gesetz, das alle ausländischen Nichtregierungsorganisationen unter Aufsicht der Polizeibehörden



stellte. In allen Ländern mit NGO-Gesetzen haben die Behörden viel Ermessensspielraum und Auslegungsmöglichkeiten, was zunächst einmal Verunsicherung erzeugt – und genau darum geht es in erster Linie.

Ein mittlerweile fast gängiges Instrument zur Lähmung internationaler Projektarbeit ist die Nichtverlängerung bestehender oder die Neufassung von Vereinbarungen mit Regierungen der Gastländer. In klassischen Projektländern wie Pakistan oder Ägypten machen die politischen Stiftungen die Erfahrung, dass nach dem Auslaufen eines „Memorandum of Understanding“ die Neufassungen mit deutlichen Restriktionen und verstärkten Kontrollmechanismen versehen werden sollen, die die Arbeit einer politischen Stiftung entweder unmöglich machen oder ad absurdum führen würden.

In Ägypten sah sich die FNF gezwungen, die Projektaktivitäten einzustellen und das bis dahin in Kairo ansässige Regionalbüro zur Jahresmitte 2016 in die jordanische Hauptstadt Amman zu verlegen. Der Druck der Behörden in Ägypten, das sich zunehmend in Richtung Diktatur bewegt, war zuvor unerträglich geworden.

Das Bild wäre aber eindimensional, wenn man bei der Frage nach kleiner werdenden Spielräumen – den „Shrinking Spaces“ – nur die politischen Stiftungen berücksichtigen und in die Ferne blicken würde. Selbst in einigen benachbarten EU-Ländern sind demokratische Institutionen, Rechtsstaatlichkeit und zivilgesellschaftliches Engagement in den vergangenen Jahren massiv unter Druck geraten: In Ungarn hat Viktor Orbáns Politik der „nationalen

Wiedergeburt“ mit einer umfassenden Verfassungsänderung, einem restriktiven Mediengesetz, Wirtschaftsdirigismus und vielen weiteren freiheitsbeschränkenden Eingriffen das Land in den Jahren seit 2010 enorm zum Nachteil verändert.

Viel schneller als nach dem Wahlsieg von Viktor Orbán 2010 in Ungarn haben aber in Polen Jaroslaw Kaczynski und seine allein regierende Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) einen totalen Bruch mit dem bürgerlich-liberalen Kurs der vorherigen Regierungen vollzogen. Insbesondere das gesamte Rechtssystem und die öffentlich-rechtlichen Medien wurden direkt der Regierung unterstellt und werden jetzt sukzessive parteipolitisch gleichgeschaltet. Damit wird jegliche Kontinuität in der Innen-, aber auch in der Außen- und vor allem der Europapolitik unterbrochen und die Zuverlässigkeit Polens innerhalb der EU infrage gestellt. In Polen zeigt sich ferner, dass die national-konservative PiS-Regierung alle bürgerlichen und liberalen NGOs durch den sofortigen Entzug staatlicher Fördermittel trockenlegen will.

Das „Ende der Geschichte“ ist also auf die lange Bank geschoben, und das weltweit. Es wird noch lange verstärkter vereinter Anstrengungen aller Demokraten bedürfen – auch der politischen Stiftungen. ●

DR. CHRISTIAN TAAKS leitet bei der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit das Referat Europäischer und Transatlantischer Dialog (ETAD).
 @ redaktion@libmag.de



EUROPAS TIGERSTAAT

TEXT: DAVID HARNASCH

Politisch ist Estland an der neuen alten Front zwischen West und Ost wieder in aller Munde – wirtschaftspolitisch leider nicht. Dabei bringt das kleine baltische Land alles mit, um zur Blaupause für ein prosperierendes, unbürokratisches und digitales Europa zu werden.

EIN SNAPCHAT AUS TALLINN

Estlands Hauptstadt Tallinn fasziniert durch den Kontrast zwischen Alt und Neu: Auf dem Lossi Platz vor dem estnischen Parlamentsgebäude in Tallinns idyllischer Innenstadt werden gerade die Straßenlaternen ausgetauscht. Die funktionalen Rundleuchten aus der sozialistischen Ära weichen historisierenden Modellen im Stil des 19. Jahrhunderts, die sich stimmig in die umgebende Architektur einpassen. In deren hübschen Gehäusen arbeitet allerdings moderne, energiesparende LED-Technik. Keinen halben Kilometer weiter sitzen neun Teams junger IT-Genies in einem Haus aus der Zeit der Deutschordensherrschaft und programmieren im Accelerator der „Startup Wise Guys“ die Zukunft. Ihre Firmen heißen „Callpage“, „RebelRoam“ oder „Stepshot“, sind frisch gegründet und wollen in den kommenden Monaten durchstarten.

Wenn die erfolgshungrigen Gründer eine „Osaühing“, das estnische Pendant zur GmbH, anmelden wollen, benötigen sie keinen langwierigen Notartermin. Ein Computer und eine halbe Stunde Zeit reichen aus. Und der Gründer beziehungsweise die Gründerin muss noch nicht einmal einen Fuß nach Estland setzen. Die für die Firmengründung benötigte Identifikationskarte können sie überall auf der Welt beantragen und bei der nächsten estnischen Botschaft abholen. Mehr als 10.000 Menschen haben das bereits getan und sind nun „E-Residents“. Auf diese Weise kann beispielsweise ein pakistanischer IT-Dienstleister seinen Service im europäischen Markt anbieten und mit einem Eurokonto abrechnen, ohne jemals in Europa gewesen zu sein.

Ein Server lässt sich nicht bestechen

Die estnischen Staatsbürger können noch ganz andere technische Möglichkeiten nutzen, die Juhan Kaalep gerne vorführt: Ein Auto online anzumelden dauert keine zehn Minuten. Mit zwei weiteren Klicks können die Bürger ihre Patientenakten und Arzneimittelrezepte einsehen, die sicher auf einem

zentralen Server liegen. Und ihre Stimme bei Wahlen geben die meisten Bürger längst online ab.

Kaalep arbeitet bei der staatlichen Agentur „Invest in Estonia“, hat aber nebenbei mit Freunden eine eigene Osaühing und sieht seine Zukunft als Start-up-Entrepreneur. Seine letzte Steuererklärung hat er aus Versehen abgegeben, als er ein Fenster im Server der Finanzverwaltung ungelesen weggeklickt hat. Daraus ist ihm kein Nachteil entstanden, denn es gilt eine Flat-Tax von 20 Prozent. „Wir haben zwei Ideen aus den sowjetischen Zeiten für gut befunden und behalten: ein staatliches Gesundheitssystem und staatlich finanzierte Bildung bis zum akademischen Titel. Ansonsten ist Estland ein libertäres Traumland, in dem Zugang zum Internet ein Bürgerrecht ist. Denn vor 20 Jahren hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass man einen Server nicht bestechen kann.“

Der Staatschef – ein „Coder“

Als Estland unabhängig wurde, erbte es von der Sowjetunion das übliche Paket aus Armut und Korruption. Toomas Hendrik Ilves, der bis Oktober 2016 Staatspräsident war und in den USA aufwuchs, erinnert sich: „Das estnische Bruttoinlandsprodukt pro Kopf lag 1991 bei 900 US-Dollar, es war also sehr niedrig, das Land hatte eine furchtbare Infrastruktur. Also fragten wir uns: Wie kommen wir aus diesem Schlamassel raus?“ Ilves initiierte 1996 das „Projekt Tigersprung“. „Weil ich mir mit 13 Jahren Programmieren selbst beibrachte, wusste ich, dass man einen Vorteil hat, wenn man früh anfängt. Deshalb schlug ich vor, zuallererst die Schulen mit Computern auszustatten. Ich wusste natürlich, dass die allermeisten Schulen nicht über Informatiklehrer verfügten. Ich wusste aber aus eigener Erfahrung, dass man sich Dinge selbst beibringen kann, dass es immer Kids gibt, die Geräte auseinanderbauen, wissen wollen, wie sie funktionieren – und die werden mindestens so inspiriert sein, Programmieren zu lernen, wie sie es

↓ **Strategisch denkender Visionär:** Toomas Hendrik Ilves war bis zum vergangenen Oktober Staatspräsident von Estland.



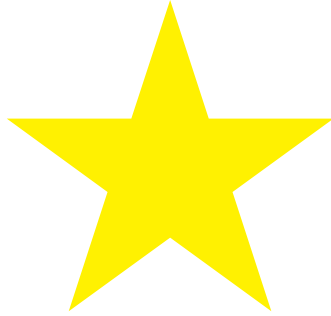
im Informatikunterricht wären.“ Im Rahmen des Programms wurden alle Schulen des Landes mit Computerräumen ausgestattet und ans Internet angeschlossen.

Die Tigersprung-Generation brachte auch Ahti Heinla, Priit Kasesalu und Jaan Tallinn hervor. Die drei Programmierer haben Estland 2005 schlagartig global als Standort für innovative Start-ups bekannt gemacht, als Ebay die von ihnen geschriebene Kommunikationssoftware Skype für 3,1 Milliarden US-Dollar kaufte. Seitdem ist Tallinn unter Investoren und Gründern eine Marke. Mit TransferWise wurde hier inzwischen ein weiteres der seltenen Start-ups gegründet, deren Bewertung bei über einer Milliarde US-Dollar liegt und die in der Branche „Einhörner“ genannt werden. Möglich, dass nächste Einhornfohlen aus Estland gerade laufen lernt ...

 startupwiseguys.com

DAVID HARNASCH, 39, ist mit seiner Firma PAGIDO selbst erfolgreicher Gründer. Für das Fintech-Start-up, das Freiberuflern und Kleinunternehmen Rechnungen vorfinanziert und betreibt, ist sichere Identifikation ein wichtiges Thema. Als E-Este mit der Nummer 37702150045 wünscht er sich ähnlich sichere Verfahren auch für Deutschland.

@ redaktion@libmag.de

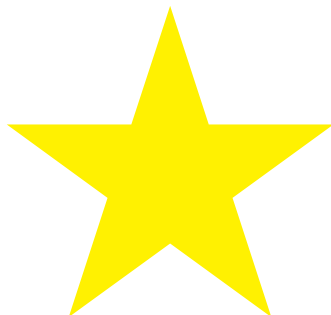


MACHT MEHR AUS WENIGER EUROPA!

TEXT: WOLFGANG CLEMENT
FOTO: SÖREN STACHE/DPA



Jede Krise hat auch ihre guten Seiten. Europa hat eine Zukunft, wenn es sich jetzt besinnt, neu findet und vor allem neu erfindet, glaubt *liberal*-Gastautor Wolfgang Clement. Aber auch nur dann.





Vom Präsidentschaftskandidaten der französischen Konservativen, François Fillon, stammt dieser eingängige Satz: „Wenn man die Nationen vergisst, rächen sich die Nationen.“ Was er damit sagen will, ist kaum noch zu leugnen.

Der Marsch der politischen Eliten Europas auf dem Weg zu einer immer enger werdenden Integration stößt auf immer stärker anwachsenden Widerstand in immer mehr Mitgliedsstaaten der Europäischen Union. Fillon will deshalb zwar weder aus der EU noch aus der Währungsunion aussteigen. Aber für ihn ist die Politik einer immer weitergehenden EU-Vergemeinschaftung am Ende. Oder wie

er es in seinem Wahlkampf um die Präsidentschaft kurz und knapp sagte: „Der Traum eines föderalen Europas ist beendet.“

Ist er das? Und zwar dauerhaft?

Darüber wird sicher noch lange gestritten werden. Aber für fast alle, die in den Mitgliedsstaaten der EU zu sehen und zu hören verstehen, ist wahrnehmbar, dass der Ruf nach „mehr Integration“ – wie er immer noch vom Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker wie von seinem bisherigen Mitstreiter Martin Schulz erhoben wird – für überschaubare Zeit wirkungslos verhallen. Ob aus →

Europa hat einen Investitionsbedarf bei Infrastrukturprojekten von etwa drei Billionen Euro. Das wäre ein Wachstumsprogramm, Jobmotor und auch ein Wettbewerbsfaktor für Europa.



Enttäuschung über mangelnde Ergebnisse, etwa am europäischen Arbeitsmarkt. Oder aus Zorn über die politische „Elite“. Oder wegen der nicht mehr nachvollziehbaren Geldpolitik der Europäischen Zentralbank - nicht mehr, sondern weniger Europa steht heute offenkundig für die meisten Bürger Europas auf dem Programm. Aber dieses Weniger - und das ist das nur scheinbar Widersinnige - kann durchaus zu „mehr Europa“ führen.

Wie das?

Europa ist derzeit mit drei großen Herausforderungen konfrontiert. Es sind die Gewährleistung der inneren und äußeren Sicherheit, das Thema Migration und der Zustand der Währungsunion. Ich bin sicher: Auf diesen drei Gebieten fällt die Entscheidung über die Zukunftsfähigkeit, also die fortdauernde Existenz der EU. Gelingen hier wesentliche, und zwar konkrete, für jedermann nachvollziehbare Schritte, dann und nur dann wird dieses Europa überleben. Also: Europa muss - for the time being - nicht noch integrativer, nein, Europa muss endlich konkret werden! Transparent, erkennbar und erlebbar!

In der Sicherheits- und Verteidigungspolitik wird vermutlich Donald Trump das Verdienst zukommen, das sich wohl auch Hillary Clinton hätte erwerben wollen, nämlich die EU zum Jagen zu tragen, also: zur Wahrnehmung von mehr Verantwortung für die eigene Sicherheit zu bewegen.

Die Dinge sind - hier Wolfgang Ischinger folgend - sehr rasch skizziert: Die (noch) 28 EU-Mitgliedsstaaten bringen derzeit mit der Gesamtheit ihrer 28 Verteidigungsbudgets ungefähr 50 Prozent des amerikanischen Militärhaushalts zusammen. Aber mit diesen 50 Prozent erreichen sie geschätzt nur rund zehn Prozent der US-Militärpower. Was heißt: Das Nebeneinander statt eines Miteinanders der nationalen Verteidigungspolitiken der EU-Mitgliedsstaaten ist erstens schwach und vergeudet zweitens viel Geld. Was wiederum bedeutet: Eine gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist geradezu zwingend.

Frühere Anläufe in dieser Richtung sind bekanntlich seit den frühen 1950er-Jahren des vergangenen Jahrhunderts - Stichwort: Europäische Verteidigungsgemeinschaft EVG - verschiedentlich gescheitert. Jetzt wird uns der Trump'sche Rückzug auf „America first“ aber keine Wahl mehr lassen.

Worum geht es?

Sicher noch nicht gleich um die EU-Armee. Wohl aber

- erstens um eine gemeinsame europäische Kommandostruktur, wie sie zwischen den Niederlanden und Deutschland schon seit geraumer Zeit sehr geräuschlos, aber effektiv praktiziert wird,
- zweitens um gemeinsame Ausrüstung der europäischen Armeen, und zwar eine bessere, als sie heute der Bundeswehr zur Verfügung steht,
- drittens um eine gemeinsame Rüstungsexportpolitik und
- viertens um die Konsolidierung der europäischen Rüstungsindustrie,
- natürlich, fünftens, um eine effektive Zusammenarbeit der europäischen Sicherheitsdienste und
- keineswegs zuletzt um mehr Finanzmittel für Sicherheit und Verteidigung.

Nahezu alle europäischen Mitgliedsstaaten der NATO - mit den Ausnahmen UK, Griechenland und Estland - bewegen sich heute mit ihren Verteidigungsbudgets zum Teil deutlich unterhalb der von allen zugesagten zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Das gilt zumal für Deutschland, das zurzeit nur 1,2 Prozent des BIP (tatsächliche Höhe: rund 36 Milliarden Euro) aufwendet. Rund 20 Milliarden Euro mehr müssten es nach heutigem Stand sein - und sollen es, der Kanzlerin zufolge, Schritt für Schritt auch werden.

Und um dies nicht nur nebenbei zu bemerken: Zur Gewährleistung der europäischen Sicherheit ist die militärische Kompetenz und Kapazität Großbritanniens - inklusive seiner nuklearen Bewaffnung - gar nicht zu ersetzen. Es spricht alles dafür, dies in den alsbald anstehenden Brexit-Verhandlungen zu berücksichtigen, und zwar mit dem Ziel des Verbleibs von UK im Binnenmarkt und im europäischen Verteidigungszusammenhang.

II. Das Migrationsthema hat Dimensionen einer „Schicksalsfrage“ für Old Europe. Dem vor Kurzem veröffentlichten Bericht der Bevölkerungsabteilung der UN waren kürzlich diese Zahlen zu entnehmen:

- Das Verhältnis der Bevölkerungszahlen Afrikas zu denen Europas, das im Jahr 1950 rund 300 Millionen zu 700 Millionen betrug, wird im Jahr 2050, also 100 Jahre später, etwa 2.500 Millionen zu 540 Millionen Einwohner lauten.
- Im Nahen Osten werden sich die Bevölkerungszahlen von heute mehr als verdoppeln und rund 400 Millionen betragen.

Die in diesen dünnen Zahlen steckende Botschaft ist, dass Millionen und Abermillionen vor allem junger Menschen aus Afrika und Nahost, die womöglich außerhalb ihrer Landesgrenzen ihre Zukunftschance suchen, einer der Zahl nach deutlich geringeren, zugleich deutlich älteren und deutlich wohlhabenderen Bevölkerung in Europa gegenüberstehen.

Diese Herausforderung wird Europa nur als ein Hort von Frieden, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit bestehen können, wenn es

- seine Außengrenzen so effektiv wie human zu sichern versteht,
- geordnete Umsiedlungen kontrolliert und in vertretbarem Maße auch für sich zu akzeptieren bereit ist und
- nicht zuletzt, wenn die EU das Mittelmeer als europäisches Meer akzeptiert und bereit ist, vor allem in diesem Raum Mitverantwortung für die Sicherheit und einen gedeihlichen Wohlstand zu übernehmen. Mitverantwortung also auch, aber nicht nur sicherheitspolitisch, sondern ebenso und konkret auch wirtschaftlich, entwicklungspolitisch wie kulturell.

III. Die europäische Geldpolitik wird so lange nicht zur tradierten, also unabhängigen und politikfernen Handlungsweise zurückkehren, wie die Mitgliedsstaaten der Währungsunion nicht auf einen selbsttragenden Wachstumskurs mit erheblichen positiven Effekten für die teils exorbitant hohe Staatsverschuldung gelangen. Denn merke: Die Euroregion leidet nicht unter mangelnder Integration - die ist mit dem Vertrag von Maastricht sogar in die Budgetverantwortung der Mitgliedstaaten zurückadressiert worden -, sondern unter mangelnder ökonomischer Konvergenz.

Dazu bedarf es eines lang andauernden Wachstumsprozesses. Und der ist, wie wir übrigens auch aus den Erfahrungen der Agenda 2010 wissen, ganz sicher nicht allein mit strukturellen Reformen herbeizuschaffen. Mit anderen Worten: Nicht nur die USA, nein, auch die Euroregion braucht einen nachhaltigen Investitionsschub. Empfehlenswert ist dabei, ihn nicht im Wesentlichen aus den öffentlichen Kassen zu speisen - gedrucktes Geld haben wir inzwischen zur Genüge (!) -, sondern durch die Mobilisierung privaten Kapitals.

Das Juncker-Paket ist so gedacht. Es wird allerdings nur wenig bringen, weil es von den Mitgliedsstaaten für alle möglichen Ausgabenprojekte gebraucht (und gelegentlich auch missbraucht) wird, die gerade anstehen. Es fehlt an einer Konzeption, an einer Zielsetzung.

Das ist eigentlich unverständlich. Denn die EU - ein Markt mit (noch) rund 500 Millionen Einwohnern und der größten Wirtschaftskraft aller Staaten beziehungsweise Weltregionen - vergeudet hier wiederum seine Power, weil die Mitgliedsregierungen bis heute nicht die Fantasie oder den Willen und die Kraft aufbringen, die inzwischen schon oft zitierte „Energie-Union“ und eine ebensolche „Digital-Union“ tatsächlich mit aller vorhandenen Kompetenz und Kraft in Angriff zu nehmen. In beiden Fällen geht es um gemeinsame Infrastrukturen (das schließt gemeinsam zu realisierende inner-europäischen, grenzüberschreitende Infrastrukturen ein), um gemeinsame Standards (auch gemeinsame Förderstandards aller Mitgliedsstaaten, insbesondere für die erneuerbaren Energien) und um gemeinsame investitionsfreundliche Marktbedingungen.

Wenn ich öffentlich zugängliche Darstellungen aus Brüssel zu Rate ziehe, komme ich für diese beiden, für die Wettbewerbsfähigkeit Europas im Grunde unverzichtbaren Infrastrukturprojekte auf einen Investitionsbedarf von mutmaßlich etwa drei Billionen Euro.

Das wäre ein Wachstumsprogramm und ein Jobmotor und auch ein Wettbewerbsfaktor für Europa - oder, wenn es denn sein muss, für die Willigen unter den europäischen Mitgliedsstaaten, die noch europäisch zu denken und zu handeln verstehen. Und es wäre - Hand in Hand mit entsprechenden strukturellen Reformen in den Mitgliedsstaaten, übrigens auch in Deutschland - die wichtigste Voraussetzung, um der EZB die Möglichkeit zu verschaffen, sich langsam, aber sicher von der Politik des billigen Geldes zu verabschieden.

„Wir werden die Stärke von Europa neu entdecken“, wurde die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini aus der ersten gemeinsamen Sitzung der EU-Außenminister nach der amerikanischen Wahl zitiert.

Man kann es unserem Europa nur wünschen! ●

WOLFGANG CLEMENT ist ehemaliger SPD-Politiker. Er war von 2002 bis 2005 Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit in der Regierung von Gerhard Schröder. Zuvor war Clement Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen. Er ist Kuratoriumsvorsitzender der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, gehört Aufsichts- und Beratungsgremien verschiedener Unternehmen an und ist Mitglied des Wirtschaftsforums der FDP. Clement gilt als Verfechter einer liberalen Wirtschaftspolitik. Projekten wie dem gesetzlichen Mindestlohn oder der Regulierung von Zeitarbeit und Werkverträgen ist er kritisch gegenüber eingestellt.

Die Bundesbürger sind verunsichert von zunehmendem Terror, dem Zustrom von Migranten und den unübersehbaren Folgen der Digitalisierung und Globalisierung. Den westlichen Lebensstil und ihre individuelle Freiheit schätzen die meisten jedoch weiterhin als hohe Güter ein.

DAS GUTE AM WESTEN

TEXT: ULRIKE ACKERMANN

Das Freiheitsbewusstsein der Deutschen hat sich im Jahr 2016 verbessert. Das geht aus dem aktuellen „Freiheitsindex“ hervor, den das John Stuart Mill Institut (JSMI) seit nunmehr sechs Jahren erhebt. Gegenüber dem Vorjahr ist der Index von -1 auf +0,33 gestiegen (auf einer Skala von -50 bis +50). Der Index bildet den Zustand der politischen und individuellen Freiheit in einer Zahl ab. Darin gehen unter anderem die Ergebnisse einer Bevölkerungsumfrage und einer Medienanalyse ein, die den Stellenwert von Freiheit in den Nachrichtenprintmedien untersucht. Zutage gefördert hat die Umfrage, dass sich die gesellschaftliche Wertschätzung der Freiheit noch im Rahmen der Vorjahre bewegt, allerdings eher im unteren Bereich. Demgegenüber nimmt die Sehnsucht nach Gleichheit deutlich zu. Auch die Forderung nach Verboten nimmt wieder leicht zu. Das subjektive Freiheitsgefühl hingegen ist etwas geringer als im vergangenen Jahr.

Dabei sollte nicht aus den Augen verloren werden, dass das amerikanische Volk vor wenigen Wochen einen Präsidenten gewählt hat, der sich von den Werten und dem Freiheitsverständnis unserer modernen Gesellschaft zu entfernen scheint. Interessanter-

weise ist rechten wie linken Populisten und den Anhängern, die hinter ihnen und ihren Parteien stehen, eines gemeinsam: Sie teilen ein antiwestliches Ressentiment. Sie verachten die Moderne, den Kapitalismus, die Globalisierung, die Individualisierung und den darin gründenden Lebensstil. Sie misstrauen dem Individuum und suchen ihr Heil im Kollektiv beziehungsweise der Umma. Darin sind sie dem politischen Islam viel näher, als sie denken.

Die Zweifel an den Errungenschaften der westlichen Zivilisation reichen jedoch bis weit in die Mitte der Gesellschaft hinein, begleitet von einem immensen Vertrauensverlust der Eliten und einem Hass auf das Establishment. Der westliche Wertekonsens ist in Erosion geraten. Die Idee der liberalen Demokratie und europäischen Einigung samt der politischen Architektur der EU selbst stehen auf dem Prüfstand. Der Brexit ist ein Symptom davon. Es sind ganz neue reale Probleme und nicht nur diffuse Ängste der Bevölkerung, die mit den unterschätzten Folgen von Globalisierung und Umwälzungen aufgrund der digitalen Revolution und den außer Kontrolle geratenen Migrationsbewegungen heute auf der Agenda stehen. Verwerfungen und soziale Spaltungen be-

rühren unsere bisher liberalen und offenen Gesellschaften und ihre demokratischen Institutionen und das politische Gefüge im Kern.

Vor diesem Hintergrund sind die Ergebnisse des Freiheitsindex ein Lichtblick. In Anknüpfung an den letztjährigen Schwerpunkt „Westliche Werte“ ging es 2016 um den sich darin gründenden „westlichen Lebensstil“: 64 Prozent der Bevölkerung gehen dabei von einem besonderen „westlichen Lebensstil“ aus. Demokratie, Rechtsstaat und Freiheitsrechte zählen zu dessen Kernelementen. Die Deutschen charakterisieren den westlichen Lebensstil an vorderster Stelle mit der „Gleichberechtigung der Geschlechter“, gefolgt von der „Meinungs-, Presse- und Redefreiheit“, den Freiheitsrechten allgemein und der „Freiheit der individuellen Lebensgestaltung“, das heißt, sie würdigen die Vielfalt und Unterschiedlichkeit der Lebensentwürfe ausdrücklich. Bedroht sehen sie ihn durch Terroranschläge, Islam und Islamismus und unkontrollierte Zuwanderung. In Bezug auf die freie Meinungsäußerung herrscht allerdings eine deutlich angespanntere gesellschaftliche Atmosphäre als im vergangenen Jahr. Der Anteil derjenigen, die sagen, man könne seine politische Meinung frei äußern, ist auf dem niedrigsten Stand seit 1990. Dieser sich seit Jahren fortsetzende Negativtrend und die größer werdende Kluft zwischen Bevölkerung und politischer Klasse auch bei uns sind überaus beunruhigend. Nur eine breite öffentliche Debatte ohne Tabus und eine Verständigung darüber, was uns zusammenhält und was uns die mühsam errungenen Freiheitsrechte wert sind, wird der Revolte gegen den westlichen Wertekonsens und die liberale Demokratie energisch begegnen können. ●

PROF. DR. ULRIKE ACKERMANN ist promovierte Sozialwissenschaftlerin. 2002 gründete und leitete sie das Europäische Forum an der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften. Von 2008 bis 2014 war sie Professorin mit Schwerpunkt Freiheitsforschung und -lehre an der privaten SRH Hochschule Heidelberg. 2009 gründete sie das John Stuart Mill Institut für Freiheitsforschung und leitet es seitdem.

@ redaktion@libmag.de

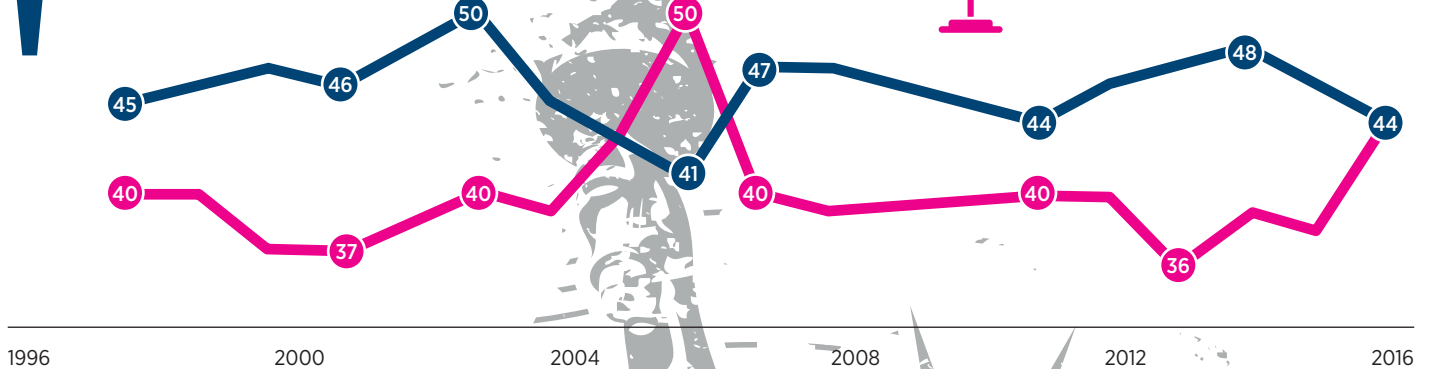


Freiheit oder Gleichheit – was davon ist Ihnen im Zweifelsfall wichtiger? (Angaben in Prozent der Befragten)



— im Zweifel für die Freiheit

— im Zweifel für die Gleichheit



Basis: Bevölkerung ab 16 Jahre. Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen

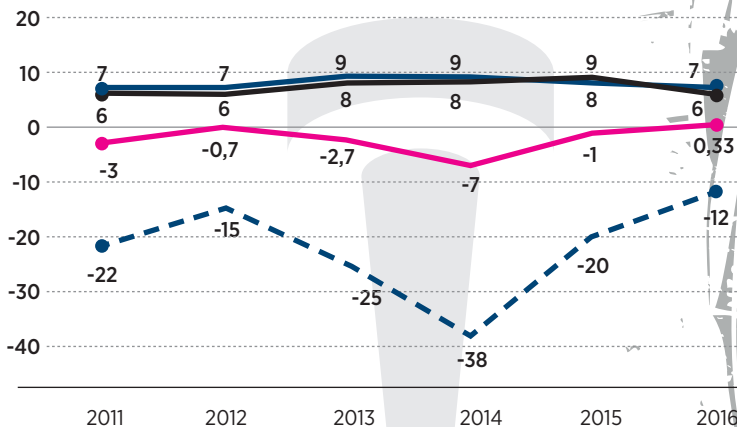
Beim Ruf nach Verboten steht die Parteienfinanzierung im Fokus. (in Prozent, auf Basis einer Antwortenliste)



Basis: Bevölkerung ab 16 Jahre. Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen

Der Gesamtindex ergibt sich aus den Ergebnissen von drei Teilindizes (Teilindizes umgerechnet auf Basiswert 50)

- Teilindex 1: Gesellschaftlicher Stellenwert der Freiheit
- Teilindex 2: Subjektiv empfundene Freiheit
- Teilindex 3: Stellenwert der Freiheit in der Berichterstattung
- GESAMTINDEX



Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen

Mit 17 Jahren gelang Hyeonseo Lee ganz allein die Flucht aus Nordkorea. Heute lebt die 36-Jährige in Südkoreas Hauptstadt Seoul und engagiert sich gegen das Unterdrückerregime von Diktator Kim Jong-un. *liberal* hat mit ihr über ihre neue Freiheit gesprochen.

Sie konnte das Elend nicht mehr ertragen. Den Hunger, der die Menschen auszehrte. Die drakonischen Strafen. Die Hinrichtungen. Hyeonseo Lee ist aus ihrer Heimat Nordkorea zunächst ins nahe gelegene China und dann nach Südkorea geflohen, um ein besseres Leben zu finden. Von dort aus kämpft sie nun gegen Nordkoreas Machthaber und versucht, Überläufern zu helfen. Beim „2. Bonner Freiheitsforum“, organisiert von der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit und der Deutsch-Koreanischen Gesellschaft, stand die Menschenrechtsaktivistin Ende 2016 als gefeierte Rednerin auf der Bühne.

Frau Lee, was bedeutet Freiheit für Sie?

Früher dachte ich, mein Land sei das beste der Welt. Ich fühlte mich frei. Erst nach meiner Flucht wusste ich wirklich, was Freisein bedeutet. Für mich heißt das: Tun und lassen zu können, was ich möchte. Es sind meistens die kleinen Dinge, die mich die Freiheit lieben lassen. Einen Tee in einem netten Café trinken oder einfach unbeschwert ins Kino gehen.

Fühlen Sie sich heute komplett frei oder holt Sie die Vergangenheit manchmal wieder ein?

Zumindest muss ich aufpassen, wohin ich reise. In Südkorea bekam ich nach der Veröffentlichung meines Buches einen Anruf der südkoreanischen Regierung, dass Nordkorea über das Buch verärgert sei. Ich glaube nicht, dass das Kim-Regime mich ermorden lassen will. Es ist aber denkbar, dass ich entführt werde. Ich fühle mich also nicht immer frei.



„Freiheit ist nicht gleich Freiheit“

TEXT: STEFAN KREITWOLF • FOTO: FRIEDRICH-NAUMANN-STIFTUNG FÜR DIE FREIHEIT

Wo macht sich das für Sie besonders bemerkbar?

Wenn ich Städte wie London oder Berlin besuche, bin ich vorsichtiger geworden. Denn dort gibt es nordkoreanische Botschaften, von denen ich mich nach Möglichkeit fernhalte. In diesem Sinne wird meine persönliche Freiheit also noch immer von meinen Landsleuten beschnitten. Freiheit ist eben nicht überall gleich Freiheit.

In Ihrem Buch beschreiben Sie, wie es war, in Nordkorea aufzuwachsen. Es ist die Rede von öffentlichen Hinrichtungen und Propaganda, die den Alltag der Menschen bestimmten. Sind Sie deswegen geflohen?

Nein, meine Familie und ich lebten nahe der chinesischen Grenze. In den 1990er-Jahren sah ich auf der nordkoreanischen Seite des Grenzflusses Menschen auf der Straße verhungern. Nebenan in China tanzten sie und aßen, so viel sie wollten. Trotzdem erzählte uns die Staatspropaganda, Nordkorea sei das beste Land der Erde. Irgendwann habe ich mich gefragt, was ist wahr und was ist Lüge? Um das herauszufinden, musste ich die Grenze überqueren.

Sie begaben sich also auf die andere Seite des Flusses, und plötzlich gab es kein Zurück mehr?

Korrekt, ich war bei Verwandten in China untergekommen. Nach einigen Tagen rief mich meine Mutter mit einem illegalen chinesischen Handy an und teilte mir mit, dass ich nicht mehr zurück könne. Von da an begann ein neues Leben.

China schickt illegale Flüchtlinge nach Nordkorea zurück. Dort werden sie gefoltert und hingerichtet. Wie konnten sie dem entkommen?

Indem ich mir gefälschte Papiere besorgte und die Polizei davon überzeugte, dass ich wirklich chinesische Staatsbürgerin sei. In den Folgejahren wechselte ich meine Identitäten immer wieder. Hyeonseo Lee ist der siebte Name in meinem Leben.

Und wie ging es dann für Sie weiter?

Ich schaffte es auf Umwegen nach Südkorea. Wie genau, möchte ich besser nicht erzählen. Dort bekam ich eine neue Identität, lernte Englisch und besuchte die Universität.

Doch gerade, als Sie sich an Ihr neues Leben gewöhnten, kamen schlechte Nachrichten aus der Heimat.

Meine Eltern wurden von nordkoreanischen Offiziellen unter Druck gesetzt. Das Geld, das ich ihnen schickte, wurde abgefangen. Meine Familie wurde aufs Land zwangsumgesiedelt. Ich musste etwas tun – und zwar schnell.

Sie organisierten einen Fluchthelfer und verhalfen Ihrer Familie in die Freiheit nach Südkorea. Wie genau funktionierte das?

Meine Familie flüchtete wie ich über den Grenzfluss und fuhr mit dem Bus mehr als 3.000 Kilometer durch China. Das Ziel war die Grenze zu Laos. Dort wartete ich auf sie. Um sie über die Grenze zu bekommen, musste ich mit meinen gesamten Ersparnissen die Zöllner und Soldaten bestechen. In der laotischen Hauptstadt Vientiane schafften wir es dann in die südkoreanische Botschaft. Die Flucht hatte ein Happy End: Meine Familie war gerettet.

Ihre Familie lebt nun in Südkorea, Sie nennen Seoul Ihr neues Zuhause. Ist das nun auch Ihre Heimat?

Seoul ist mein neues Zuhause geworden. Ich reise zurzeit viel und bin häufig in New York, wo ich gerne mal leben möchte. Meine wahre Heimat ist und bleibt aber Nordkorea. Dort bin ich geboren und aufgewachsen und ich fühle mich meinen Landsleuten weiterhin sehr verbunden.

Was tun Sie aktuell, um die Lage Ihrer Landsleute zu verbessern?

Ich versuche, auf das Leid der nordkoreanischen Überläufer aufmerksam zu machen. In China leben viele von ihnen in sklavenähnlichen Arbeitsverhältnissen. Gerade weibliche Flüchtlinge müssen sich häufig zwangsprostituieren. Aber auch in Südkorea werden viele nordkoreanische Überläufer nicht heimisch. Die Selbstmordrate unter Nordkoreanern ist in Südkorea sehr hoch. Die Regierung dort hat jahrzehntelang zu wenig unternommen, um Nordkoreaner zu integrieren. Das möchte ich aufdecken und, wenn möglich, ändern.

In Ihrem Vortrag sprachen Sie über Möglichkeiten, Nordkorea von innen zu verändern. Wie genau ist das möglich?

Bombengewalt oder andere militärische Lösungen sind meiner Meinung nach keine Optionen. Wir müssen Informationen an die Nordkoreaner verbreiten, sodass ein Bewusstsein dafür entsteht, dass das Kim-Regime mit seiner Propaganda nichts weiter als Lügen verbreitet. Zu diesem Zweck möchte ich eine NGO in den USA gründen, die Nordkorea in den Fokus der Menschen rückt. Am liebsten wäre mir ein Hollywood-Film wie „Schindlers Liste“, der das Leiden des nordkoreanischen Volkes massentauglich, aber authentisch vielen Menschen näherbringt.

Haben Sie vielen Dank für das Gespräch.



Schwarze Magnolie:
Wie ich aus Nordkorea entkam. Ein Bericht aus der Hölle
416 Seiten
Verlag: Heyne Verlag

🌐 Heute versteht Hyeonseo Lee sich als Vorkämpferin für die Freiheit und berichtet darüber auf ihrer Website www.hyeonseo-lee.com.

STEFAN KREITWOLF hat eine eigene Beziehung zu Nordkorea. Er besuchte in Laos ein nordkoreanisches Restaurant. Als er seine Kamera aus der Tasche holte, wurde er vom Personal rausgeworfen – selbstverständlich nicht ohne fernöstliche Freundlichkeit

@ redaktion@libmag.de

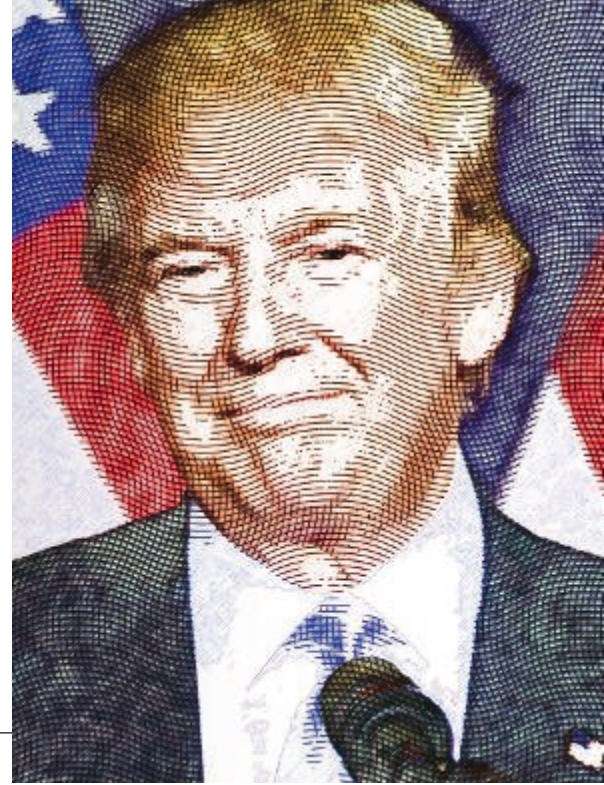


Video: Hyeonseo Lee im Interview

Aus dem Fehler lernen

Das politische Barometer in den USA stand auf Veränderung. Doch viele Experten waren davon überzeugt, dass dieses Barometer kaputt sein musste. Sie konnten sich nicht vorstellen, dass die US-Wähler den populistischen, rassistischen und illiberalen Donald Trump zum neuen Präsidenten machen würden.

TEXT: CLAUS GRAMCKOW • ILLUSTRATION: ERNST MERHEIM



Es konnte nicht sein, was nicht sein durfte: ein Präsident Donald Trump. Und jetzt ist es doch passiert. Nun fragen sich natürlich viele, was das für uns in Europa bedeutet. Im Moment ist es zu früh, diese Frage zu beantworten. Wir wissen nicht, was aus Trumps Wahlkampfretorik in der neuen amerikanischen Außenpolitik auch tatsächlich umgesetzt wird. Zudem zeichnet sich ab, dass die Außenpolitik in den Planungen der neuen Regierung zum jetzigen Zeitpunkt eine eher untergeordnete Rolle spielt.

Trump und transatlantische Beziehungen

Über Trumps Strategie für die transatlantischen Beziehungen zu schreiben wäre zum jetzigen Zeitpunkt also reine Spekulation. In nur zwei Bereichen lässt sich bisher eine klare Linie erkennen: in der Handelspolitik und beim Thema „burden sharing“. Handelsabkommen werden es unter Trump sehr schwer haben, denn der neue Präsident ist ein bekennender Gegner des Freihandels. Aus der Transpazifischen Partnerschaft (TPP), die noch vom US-Kongress ratifiziert werden muss, will Trump sofort aussteigen. Und auch im Hinblick auf die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) gehen amerikanische Experten davon aus, dass die Verhandlungen auf kleiner Flamme weitergeführt oder sogar ganz eingestellt werden. Außerdem muss sich Europa darauf einstellen, dass aus Washington zukünftig lautere und deutlichere Forderungen bezüglich der Erhöhung der Verteidigungshaushalte kommen werden. Kommt Europa den Forderungen nicht nach, besteht die Gefahr, dass sich die USA aus ihren Bündnisverantwortungen zurückziehen. Allein diese beiden Politikfelder zeigen, dass den transatlantischen Beziehungen aus liberaler Sicht eine komplizierte Phase bevorsteht. Daher ist es auch weiterhin von außergewöhnli-

cher Bedeutung, den Dialog zwischen den transatlantischen Partnern offen zu führen und weiter zu vertiefen, damit frühzeitig Missverständnisse erkannt und aus dem Weg geräumt werden können. Es ist immer besser, miteinander statt übereinander zu reden.

Was kann Europa aus dem Verlauf des Wahlkampfes lernen?

Im nächsten Jahr stehen sowohl Europa als auch die Liberalen vor richtungsweisenden Wahlen in Frankreich und Deutschland. Nach dem Brexit-Votum und der Wahl von Donald Trump fühlen sich die populistischen Kandidaten und Parteien in Europa gestärkt und hoffen auf ähnlich positive Ergebnisse. Um dies zu verhindern, sollte man sich die Frage stellen, was die wahren Gründe des überraschenden Wahlausgangs in den USA sind und was die Liberalen daraus für die anstehenden Wahlen lernen können. Die Lehren, die wir aus den US-Wahlen 2016 ziehen können, sind nicht nur gesellschaftlicher und kultureller Natur, sondern schließen auch Aspekte der Wahlkampfführung ein.

Schwächen von Clintons Wahlkampfmaschine

Eine alte Weisheit zu den Wahlen hat sich auch diesmal bewährt: Mit einem gut geführten Wahlkampf gewinnt man nicht automatisch die Wahl. Mit einem schlecht geführten Wahlkampf verliert man sie aber garantiert. In einem Wahljahr, in dem zwei Drittel der Wähler der Meinung sind, dass sich das Land wirtschaftlich, gesellschaftlich und außenpolitisch in die falsche Richtung bewege, reicht es nicht, die Unfähigkeit des Gegenkandidaten in den Mittelpunkt des Wahlkampfes zu stellen und sich als bessere und erfahrenere Alternative zu verkaufen. Aufseiten der Demokratischen Partei haben in diesem Wahljahr positive Aussagen und Strategien zur Ver-

besserung der wirtschaftlichen Lage des Landes eindeutig gefehlt. Es hat sich gezeigt, dass alle organisatorischen und technischen Mechanismen, die genutzt werden, um Wähler an die Wahlurne zu bringen, nur erfolgreich funktionieren, wenn man eine klare, positive Botschaft vermittelt. Gerade in einem Wahljahr, in dem die politische Stimmung sprichwörtlich im Keller ist, kann die Botschaft nicht einfach lauten: „Weiter so!“. Eine oberflächliche Aussage wie „Make America great again!“ bleibt hingegen beim Wähler hängen. Barack Obamas Wahlkampflogan aus dem Jahr 2008 „Hope and Change“ war gar nicht viel anders.

Im Wahljahr 2016 projizierten die Wähler ihre Hoffnung auf eine bessere Zukunft auf den Kandidaten, der für Veränderung stand – selbst wenn diese Veränderung für viele rassistisch und illiberal ist. Die breite Masse der Wähler empfand Donald Trump als den authentischeren Kandidaten. Ein Beobachter merkte ganz richtig an: „Wir, die Intellektuellen, haben Trump zwar wörtlich genommen, aber nicht ernst. Die große Masse der Wähler hat Trump ernst genommen, aber nicht wörtlich.“ Genau diese Sichtweise führte innerhalb von Clintons Wahlkampfmannschaft zu einer fatalen Einschätzung. Man war zu früh davon überzeugt, die Wahl bereits gewonnen zu haben. Dies führte dazu, dass die Warnungen über Trendwendungen in schon sicher geglaubten US-Bundesstaaten ignoriert und Ressourcen an falscher Stelle eingesetzt wurden. Nach der Wahl wird immer deutlicher, dass Hybris dazu führte, dass die wahre Gefahr des Gegenkandidaten Donald Trump unterschätzt wurde. Am Ende hat nicht Trump die Wahl gewonnen, sondern Clinton die Wahl verloren.

Demoskopen gehören zu den Verlierern der Wahl

Neben Hillary Clinton sind die Demoskopen die großen Verlierer dieser Wahl. Wie konnten sie sich nur so täuschen? Fehlerquoten sind nie ausgeschlossen. Doch in diesem Jahr lagen die Demoskopen gerade in den „Swing States“ erheblich daneben. Dies ist auf ein Phänomen zurückzuführen, das auch aus Deutschland bekannt ist, etwa wenn es um die AfD oder die NPD geht. Viele Wähler bekennen sich nicht zu ihrer eigentlichen politischen Präferenz. So haben sich viele Trump-Wähler in den Umfragen nicht zu ihrem Favoriten bekannt, weil sie sich nicht als Anhänger des in der Öffentlichkeit umstrittenen Kandidaten outen wollten. Soziologen sprechen in diesem Fall von einem „sozial erwünschten Verhalten“. Außerdem wurde völlig unterschätzt, dass vielen Obama-Wählern die Motivation fehlte, für Hillary Clinton zu stimmen. Das kostete viele Wählerstimmen.

Diese Präsidentschaftswahl hat wieder deutlich gezeigt, dass es in den USA kaum noch stabile politische Lager gibt und die Zahl der Wechselwähler von Wahl zu Wahl steigt. In Bezug auf Wechselwähler hat sich ein weiteres Phänomen bestätigt und sogar verstärkt. Nämlich, dass sich diese Wähler erst kurzfristig für einen Kandidaten oder eine Partei entscheiden. In herkömmlichen Prognosen ist dieses Phänomen schwer zu erfassen. Damit hat schon die FDP vor rund drei Jahren schmerzliche Erfahrungen machen müssen.

Soziale Medien verändern Wahlkampf

Eine weitere wichtige Lehre, die wir aus dem Wahlkampf ziehen können, hat mit dem Wandel der Öffentlichkeit und der Kommuni-

kationswege zu tun. Die sozialen Medien haben das Versprechen eingelöst, das das Internet schon Jahre zuvor gegeben hatte: Jeder kann ein Sender sein, sich seine eigene Echokammer schaffen und sich mit Gleichgesinnten in dieser Kammer austauschen. Wer Zugang zum Internet hat, kann eine Gegenöffentlichkeit schaffen, die den Einfluss der traditionellen Fernsehkanäle und Zeitungen schmälert. Deshalb müssen sich politische Akteure mit den neuen Medien intensiv auseinandersetzen. Sie müssen lernen, sich in der Welt der Social-Media-Nutzer zu bewegen, um zu verstehen, was diese bewegt. Aber auch, um herauszufinden, welche Botschaften von den Nutzern komplett erfunden und erlogen sind. Politische Akteure sollten nicht immer gleich auf die nächste provokative Aussage des Gegners springen. Vielmehr sollten sie sich mit Inhalten auseinandersetzen und abwägen, wie sie die Aussagen konterkarieren können. Auf Falschmeldungen und unhaltbare Gerüchte muss richtig reagiert werden, damit diese nicht zur angenommenen Wahrheit werden. In diesem Zusammenhang spielten auch auswärtige Mächte eine dubiose Rolle. Sicherlich waren die Angriffe von russischen Hackern auf die Demokratische Partei und Clintons Wahlkampfmanager John Podesta nicht direkt wahlentscheidend. Die Vorfälle haben aber gezeigt, wie Unruhe in Wahlkämpfe gebracht werden kann. Wir müssen uns darauf einstellen, dass Wikileaks mithilfe Russlands auch in den Bundestagswahlkampf eingreifen wird. Wir wissen bis heute nicht, was die Hacker bei ihren Cyberattacken auf die Rechner des Bundestags vor einem Jahr gefunden haben.

Angst und Wut dürfen nicht ausgeblendet werden

Ein beliebtes Mittel, um Wahlkämpfe in den USA, aber auch in Europa zu gewinnen, ist, gegen die politische Ordnung, ihre Institutionen und Vertreter zu schimpfen und sie dafür anzuklagen, Schuld an allem Übel in der Welt zu sein. Die systematische Untergrabung der politischen Institutionen war auch ein entscheidender Faktor für den Erfolg von Trump. Er führte einen offenen Kampf gegen die elitäre Politikerklasse, von der sich viele Trump-Anhänger nicht repräsentiert fühlen. Sie zählen sich selber zu den Abgehängten. Trumps Rhetorik gab den Wählern das Gefühl, ihre Zukunftswünsche zu erhören und ernst zu nehmen. Wähler, die sich vergessen fühlen, gibt es auch in der Bundesrepublik Deutschland zuhauf. Ihre Ängste sollten wir nicht beiseiteschieben, sondern ernst nehmen, indem wir klare, positive Antworten basierend auf liberalen Werten formulieren. ●

CLAUS GRAMCKOW ist Repräsentant USA & Kanada der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit. In dieser Funktion verfolgt er das politische Geschehen jenseits des Atlantiks.

@ redaktion@libmag.de

Moral braucht die Freiheit der Wahl



Der Freiheitspreis 2016 der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit ist am 12. November an den ehemaligen Schweizer **Bundespräsidenten Kaspar Villiger** verliehen worden. Die Stiftung ehrte den Politiker und Familienunternehmer für sein politisches Lebenswerk, das von reformfreundigen, liberalen Ideen und Projekten mit Sinn für Verantwortung geprägt ist.



Moral braucht die Freiheit der Wahl. Nur der freiwillige Verzicht auf einen persönlichen Vorteil um eines sittlichen Prinzips willen ist eine moralische Handlung. Wo aber Regulierung sich ausbreitet, schrumpft der Freiraum auch für die Moral. Sie wird verdrängt. Es war und ist meine Überzeugung, dass Menschen mündig sind und sich nur in Freiheit wirklich entfalten und verwirklichen können. Ich habe deshalb immer versucht, diese Maxime in meine politische Tätigkeit einfließen zu lassen. Es ging aber nie um theoretische Deklamationen, sondern um den freiheitlichen Kern konkreter Lösungen, die den Praxistest zu bestehen hatten. Dabei war die Suche nach der besten und freiheitlichsten Lösung immer nur ein Teil des Problems. Ebenso wichtig war es, Gefolgschaft für die Durchsetzung freiheitlicher Lösungen zu finden, Kompromisse ohne zu starke Verwässerung der Lösung zu suchen, unbeabsichtigte Nebenwirkungen möglichst zu vermeiden und häufig am Schluss noch die Zustimmung des Volkes zu gewinnen. Wenn ich heute der Stärkung des freiheitlichen Pols das Wort rede, so nicht etwa, weil mir die Bedeutung des kollektiven Pols nicht bewusst wäre. Ich tue es, weil die Balance zwischen diesen Polen zunehmend in Schieflage gerät, und zwar zulasten des freiheitlichen und zugunsten des kollektiven Pols. Und das Paradoxe dabei ist, dass gerade deswegen die Kollektive in besondere Probleme geraten sind: chronische Arbeitslosigkeit, lähmende Staatsverschuldung, gefährdete Sozialwerke. Deshalb ist es so wichtig, diese Balance wieder herzustellen.

Kaspar Villiger, Träger des Freiheitspreises 2016, ehem. Bundespräsident der Schweizerischen Eidgenossenschaft

KASPAR VILLIGER kam 1941 in Pfeffikon zur Welt. Er entstammt einer Fabrikantenfamilie, die Zigarren produziert. 1989 wurde er in den Schweizer Bundesrat gewählt und war Schweizer Bundespräsident der Jahre 1995 und 2002. Er gilt als Vater der sogenannten Schuldenbremse, die er 2003 in einer Volksabstimmung durchsetzte, womit er die Basis für die Gesundung der Bundesfinanzen schuf, und war an der Schweizer Föderalismusreform beteiligt. Als Bundespräsident hat Villiger 1995 anlässlich des 50. Jahrestages des Kriegsendes vor dem Schweizer Parlament in einer denkwürdigen Rede die Rolle der Schweiz als Hort von Freiheit und Demokratie gewürdigt, gleichzeitig aber darauf hingewiesen, dass auch die Schweiz durch Zurückweisung verfolgter Juden Schuld auf sich geladen habe.



In Kaspar Villiger ehren wir einen umsichtigen politischen Handwerker, einen tätigen Gärtner im Weinberg der Freiheit, der es verstand, in der Politik seines Landes immer wieder der Freiheit Raum und der Selbstverantwortung Nachdruck zu verschaffen. Wir ehren einen politischen Denker, der die empirische Erfahrung des politischen Alltags zu kohärenten Regeln und Thesen verdichtet und liberale Konzepte zur Praxisreife führte. Indem wir ihn ehren, preisen wir auch, was wir hierzulande zu häufig vermissen: das leidenschaftliche Engagement des Unternehmers für die res publica, nicht um des Vorteils willen, sondern aus der Selbstverständlichkeit des Citozens.

Laudatio von Prof. Dr. Ludwig Theodor Heuss, stellvertretender Vorsitzender des Kuratoriums der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit



↑
Preisverleihung: Wolfgang Gerhardt (links) und der Vorsitzende des Kuratoriums der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, Jürgen Morlok (rechts), übergeben dem Freiheitspreis an Kaspar Villinger.



Der langjährige Schweizer Bundesrat und zweimalige Bundespräsident Kaspar Villiger ist alles andere als ein politischer Verführer, von denen es durchaus auch in der Schweiz einige Exemplare gibt. Villiger hingegen ist ein besonnener, verantwortungsbewusster Liberaler, ein Demokrat mit tiefer humanitärer Gesinnung. Kaspar Villiger ist dabei ein Politiker, der auf Aufklärung setzt und sich bis heute um sie verdient macht, wobei er auch dem fundamentalen Wertediskurs nicht aus dem Weg geht, vor dem viele Pragmatiker kneifen, ohne den jeder politische Interessenausgleich aber im normativen Vakuum stecken bleibt.

Dr. Karen Horn, Vorsitzende der Jury

Weil Menschen miteinander leben, sich eine Welt teilen, weil sie Kinder und Enkel haben – darum wollen wir die verantwortete Freiheit. Der Preisträger hat sie wahrgenommen, die verantwortete Freiheit, wofür wir ihm zu Dank verpflichtet sind.

Nicola Beer MdL, Generalsekretärin der FDP



Mit der Verleihung des Freiheitspreises in der Paulskirche in Frankfurt am Main will die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit einen Fingerzeig auf eine Persönlichkeit geben, die nach ihrer Überzeugung genau das lebt, verkörpert und engagiert vertritt, was notwendig ist, um Freiheit dauerhaft zu machen.

Dr. Wolfgang Gerhardt, Vorsitzender des Vorstandes der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit



Mit dem Freiheitspreis ehrt die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit alle zwei Jahre Persönlichkeiten, die Impulse für eine liberale Bürgergesellschaft gegeben und so zur Fortentwicklung freiheitlicher Ziele und Werte beigetragen haben. 2006 ging der Preis an den früheren Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher, 2008 an Schriftsteller Mario Vargas Llosa, 2010 an die Publizistin Necla Kelek, 2012 an den Philosophen Professor Wolfgang Kersting und 2014 an die Ministerpräsidentin des südafrikanischen Westkap, Helen Zille. Die Preisverleihung findet in der Frankfurter Paulskirche statt – dem „Wohnzimmer des politischen Liberalismus“, so Wolfgang Gerhardt.



Einen ausführlichen Bericht, Videos und alle Manuskripte finden Sie hier:
<http://bit.ly/2get9Fv>



DIE RÜCKKEHR DER MASCHINENSTÜRMER



Mit der voranschreitenden Digitalisierung wird bereits die Vision menschenleerer Büros und Werkshallen entworfen. Fortschritts-skeptiker holen daher eine alte Idee aus der Mottenkiste: die Roboter- oder Maschinensteuer. Der Vorschlag führt in die Irre – doch die Debatte dahinter ist drängender denn je.

TEXT: FLORIAN FLICKE

Wir sind die Roboter

Von einem wie ihm hätte man diesen Vorschlag sicher als Letztes erwartet: Frank Appel, Ex-McKinsey-Berater und seit 2008 Vorstandschef der Deutschen Post AG, sagte vor wenigen Wochen der *Welt am Sonntag*: „Man könnte bei Arbeit, die von Menschen geleistet wurde, auf die Mehrwertsteuer verzichten - und nur die Arbeit von Robotern besteuern.“

Mal abgesehen davon, dass Appels Vorschlag das ohnehin an Sonderregelungen nicht gerade arme deutsche Steuerrecht bis ins schier Unendliche bürokratisieren würde, bietet sein Vorschlag beim flüchtigen Blick tatsächlich einigen Charme. Dürfen Postboten, Fabrikarbeiter oder Sachbearbeiter in Versicherungskonzerne - also all jene, deren Tätigkeit und Jobzukunft bereits akut durch den niemals kranken und immer leistungsbereiten Kollegen Computer bedroht wird - aufatmen, wenn die Robotersteuer eingeführt und der teure Faktor Arbeit im Gegenzug steuerlich entlastet wird?

Appel, der mit seinen Heerscharen an menschlichen und zum Teil immer noch verbeamteten Postboten und Briefsortierern gegen die Hightech-Armee von Konkurrent Amazon antreten muss, ist mit seinem nicht ganz uneigennütigen Steuervorstoß nicht allein. Auch Österreichs Bundeskanzler Christian Kern und der Rechtsausschuss des Europäischen Parlaments denken öffentlich laut über eine Robotersteuer nach.

Die Mahner und ihre Treffgenauigkeit

Sie alle eint die Sorge vor der vermeintlichen „technologischen Arbeitslosigkeit“, die bereits einst John Maynard Keynes als Schreckgespenst an die Weltwirtschaftswand malte und die heute vom US-Ökonomen und Berufspessimisten Jeffrey Sachs fast täglich postuliert wird: „Je leichter die Arbeit von Menschen durch Roboter zu ersetzen ist, desto stärker wird die Nachfrage nach menschlicher Arbeit sinken.“

Der Siegeszug der Digitalisierung und speziell der Industrieroboter krempelt die Weltwirtschaft um - Land für Land, Branche für Branche. Disruption als Dauer Schleife. In den USA, Deutschland und Japan könnte in den kommenden Jahren theoretisch jeder zweite Job durch Maschinen ersetzt werden, in China sind es gar fast 80 Prozent der Stellen. Ob diese Szenarien indes je Wirklichkeit werden, steht auf einem anderen Blatt. „Die Sorge, dass Arbeitsplätze vernichtet werden, gab es ja schon bei der Einführung der Dampfmaschine oder der Computer, aber es sind doch immer neue Jobs entstanden“, beruhigt Friedrich Heinemann, Steuerexperte am Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW)

Schon heute heben, fräsen, bohren, kleben, schrauben, lackieren, schweißen oder montieren in Industriehallen rund um den Globus rund 1,2 Millionen Industrieroboter - vor allem in der Automobilindustrie, im Maschinen- und Anlagenbau und der Elektroindustrie. Im aktuellen Welt-Roboter-Report geht der Weltverband International Federation of Robotics (IFR) davon aus, dass sich die Zahl allein bis 2019 um weitere 1,4 Millionen neue Industrieroboter mehr als verdoppeln wird. Experten bewerten mögliche Einsatzgebiete der Roboter anhand der „4-D-Formel“: dull, delicate, dirty, dangerous. Zu Deutsch: langweilig, filigran, schmutzig, gefährlich. „Roboter sind dort nützlich, wo wir Menschen zu fehleranfällig sind, oder wo Aufgaben für Menschen zu monoton oder zu gefährlich sind“, übersetzt Patrick Schwarzkopf. Der Geschäftsführer des Bereichs Robotik und Automation im Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA) sieht mögliche Anwendungsfelder deshalb nicht nur dort, wo die präzise Wiederholung von Arbeitsschritten gefragt ist. „So wie es bereits Militärroboter gibt, die Minen entschärfen, sind auch Roboter für die Arbeit im Bergbau, für den Abriss von Atomkraftwerken oder im Brandschutz denkbar.“

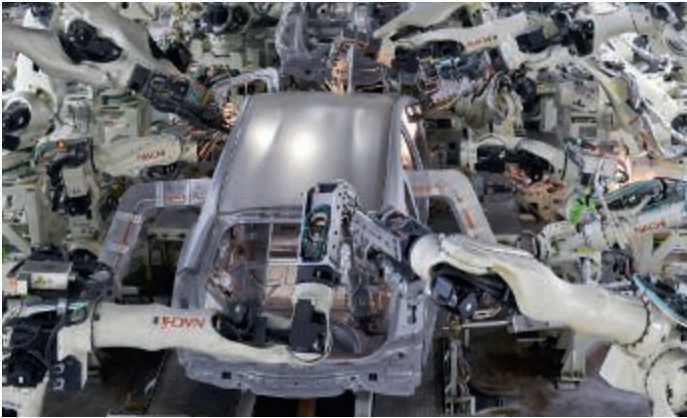
→ „Wir sind die Roboter“: Kraftwerk, die Elektronikpioniere aus Düsseldorf, performen ihre Roboter-schau an der Tate Modern in London.



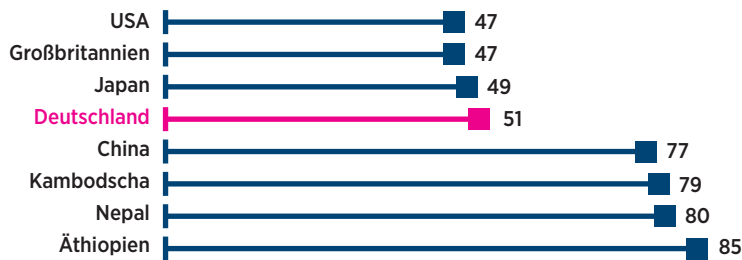
in Mannheim. Bereits in den Siebzigerjahren hatte die deutsche Sozialdemokratie eine Wertschöpfungsabgabe auf Maschinen ins Spiel gebracht. Auch damals zirkulierte die Angst vor dem Ende der Arbeit hierzulande - beim Blick auf die Rekordbeschäftigung heute wissen wir, wie valide die damaligen Horrorprognosen waren.

Sicher scheint momentan nur eins: Die Digitalisierung wird viele bestehende Jobs obsolet machen - etwa die Briefsortierung per Hand. Doch was, bitte schön, ist daran eigentlich so schlimm? Das heißt doch nicht im Umkehrschluss, dass es bei der Post oder anderen Unternehmen künftig keine Menschen mehr geben wird. Diese werden nur andere, höherwertigere Tätigkeiten übernehmen - etwa die Bedienung und vor allem die Überwachung der Maschinen. Aus dem Gegensatz von Mensch und Maschine, so die Hoffnung, wird bei entsprechender Investition in Bildungsmaßnahmen ein fruchtbares Miteinander.

↓ **Roboter in der Automobilproduktion:** Das händische Schrauben und Schweißen an der Karosserie gehört schon seit Jahrzehnten der Vergangenheit an.



Anteil der Stellen, die in den kommenden Jahren durch Maschinen ersetzt werden können (Angaben in Prozent)

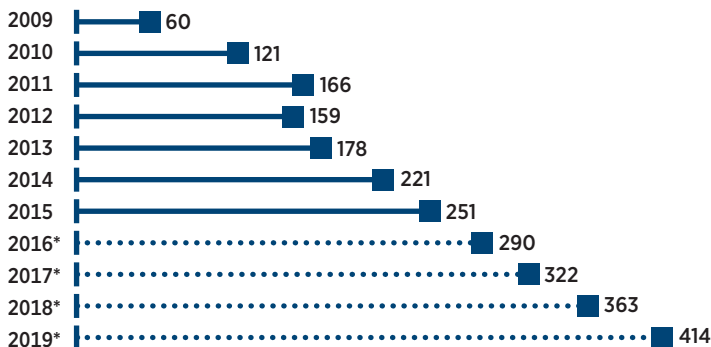


Quelle: Die Welt

„Wir hätten mehr Arbeit, wären aber alle ärmer.“

Friedrich Heinemann, Steuerexperte am Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW)

Weltweite jährliche Produktion von Industrierobotern (Angaben in Tausend Stück)



* Prognose; Quelle: IFR World Robotics

Selbst Marx und Engels waren Fortschrittsfreunde

Ein „Maschinensturm“, wie er Anfang des 19. Jahrhunderts im Textilgewerbe in England, Deutschland, Österreich oder der Schweiz stattfand, wäre jedenfalls der falsche Weg. Selbst die Urlinken Karl Marx und Friedrich Engels hielten den aufgebrachten Textilarbeitern damals ihre „Technikfeindlichkeit“ vor.

Wer Deutschland als Handarbeitsland mit wenigen Maschinen – das es ohnehin längst nicht mehr ist – konservieren will, sorgt nur dafür, dass der Standort erodiert und sich Roboter-Hightech fernab der Landesgrenzen ansiedelt. Die Arbeitsproduktivität – also das, was Menschen pro Stunde an Mehrwert schaffen – sinkt auf diese Weise. Deutschland, einig Entwicklungsland: „Wir hätten mehr Arbeit, wären aber alle ärmer“, bringt es ZEW-Wissenschaftler Heinemann auf den Punkt.

Gerade ein Sozialstaat wie der deutsche, „dessen Finanzierung einseitig auf dem Ergebnis menschlicher Arbeit, nicht aber auf der Wertschöpfung der Roboter basiert“, gerate so massiv unter Druck, schlussfolgert Thomas Straubhaar, Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Hamburg und Mitglied des Programmausschusses der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit.

Statt sich den Kopf darüber zu zerbrechen, wie sich der technische Fortschritt aufhalten lässt (was ohnehin nicht funktioniert), sollten sich die deutschen Politiker eher Gedanken darüber machen, wie sie die Staatsfinanzierung auf dauerhaft tragfähige Beine stellen.

Die wohl wichtigste Erkenntnis bei der Debatte über die Robotersteuer ist die, dass in Deutschland viel zu viel am Faktor Arbeit hängt. Statt der einzelnen Arbeitsschritte sollte künftig besser das Arbeitsergebnis besteuert werden – ganz gleich, wie es zustande gekommen ist. Ob durch Mensch oder Maschine. Thomas Straubhaar: „Die wohl am ehesten praktikable Reaktion des Sozialstaates auf die Entdinglichung und Flucht der Wertschöpfung durch die Digitalisierung dürfte sich bei einer Besteuerung der Eigentümer der Roboter finden lassen. Sobald Firmen Gewinne an ihre Aktionäre ausschütten, muss der Fiskus einen Anteil der Profite erhalten – die ja den Mehrwert widerspiegeln, der mit einem erfolgreichen innerbetrieblichen Zusammenspiel von Mensch und Maschine geschaffen wurde.“

FLORIAN FLICKE, im fortgeschrittenen Alter von 47 Jahren nochmals Papa von Philippa Lotta geworden, wartet inständig auf die Erfindung des selbst fahrenden Kinderwagens mit Bremstechnologie. Immerhin wurde der schon mal als Gag in einem Volkswagen-Werbespot vorgestellt.

@ redaktion@libmag.de



Video vom Tischtennis-Duell Timo Bött vs. Kukas KR Agilus



Deutsche Unternehmer sind gefordert, die Einhaltung von Menschenrechten in ihrer Lieferkette zu kontrollieren. Das verlangt nicht nur der Gesetzgeber, sondern immer öfter auch die Kunden. Sie drohen sonst mit Auftragsentzug.

DAS GUTE GEWISSEN KAUFTE MIT EIN

TEXT: MARKUS LÖNING

I. Kunden werden sensibler, sie schauen nicht nur auf das Produkt

„Es ist besser für mein Geschäft, meine Auftragsbücher sind voll.“ Die Textilfabrik war hell und sauber, die Arbeitsbedingungen waren gut und entsprachen den Standards der ILO. Dass sich gute Bedingungen rechnen, mit dieser Antwort des Geschäftsführers einer Textilfabrik am Rand von Ho-Chi-Minh-Stadt hatte ich nicht gerechnet. Am Vormittag hatte ich in einem anderen Stadtviertel noch 25 Näherinnen auf engstem Raum in einer schlecht beleuchteten (und belüfteten) Garagenwerkstatt gesehen. Sie arbeiteten zu viele Stunden, hatten keine Verträge und wurden von ihrer Chefin miserabel bezahlt.

Die Globalisierung hat in den letzten 25 Jahren Lieferketten drastisch verändert. Neue Märkte, neue Geschäftsmodelle und Wachstumschancen haben sich eröffnet. Das schafft Arbeitsplätze bei uns und Wohlstand und eine Reduzierung von Armut in Schwellenländern. Aber sie führt eben auch zu ernststen Problemen. Einstürzende Fabriken mit Hunderten Toten, arbeitende Kinder und verarmte Kleinbauern führen zu kritischen Fragen von Verbrauchern und Öffentlichkeit. Investitionen wie etwa die weltgrößte Kupfermine Las Bambas in Peru liegen brach, weil die Rechte von Anwohnern missachtet werden.

Globale Studien belegen, dass Menschenrechte unter anderem aus diesen Gründen immer mehr in den Fokus von Geschäftsführern und Vorständen rücken. Mitarbeiter, Verbraucher und Öffentlichkeit erwarten wertorientiertes, gesellschaftlich verantwortungsvolles Handeln entlang der Lieferkette. Dazu gehört, dass die Menschenrechte geachtet werden.

Welchen Anforderungen sehen sich Unternehmen ausgesetzt, und welche Antworten hat liberale Politik, wenn internationale Arbeitsteilung und globaler Handel weiter zum Vorteil aller ausgebaut werden sollen?

II. Unternehmen können sich nicht aussuchen, ob sie das Recht achten

Dass Unternehmen sich rechtskonform verhalten müssen, ist unstrittig. Dazu gehört die Einhaltung der Menschenrechte, wie sie in den UN-Pakten für bürgerliche und politi-

sche Rechte sowie für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte festgeschrieben sind. Für Unternehmen wesentlich sind zudem die ILO-Kernarbeitsnormen, die das Verbot von Zwangs- und Kinderarbeit, aber auch Gleichbehandlung, Vereinigungsfreiheit und das Recht auf Kollektivverhandlungen festschreiben.

Neu sind an dieser Debatte zwei Aspekte. Wo Unternehmen tatsächlichen Einfluss haben - und das ist eben auch bei Teilen der Zulieferer -, tragen sie über ihren eigenen Betrieb hinaus Verantwortung, dass Normen eingehalten werden. Und zweitens wird - wie bei Finanzen oder Umweltauswirkungen - verlangt, dass Rechtskonformität auch dargelegt wird. Unternehmen können den Staat nicht ersetzen, aber sie müssen transparent machen, dass sie Recht auch beachten, wenn es nicht durchgesetzt wird.

III. NGOs und Medien üben erheblichen Druck auf Unternehmen aus

Es ist drei Jahre her, dass ich Unternehmen und Menschenrechts-NGOs zu einem Gespräch hinter verschlossenen Türen eingeladen hatte. Die Menschenrechts-NGOs wollten es kaum glauben, als der Vertreter einer großen deutschen Chemiefirma schilderte, wie seine Firma - unter dem Druck von NGOs und öffentlicher Meinung - angefangen hat, systematisch die menschenrechtlichen Auswirkungen ihrer Geschäftstätigkeit zu überprüfen: „Es war ihre Arbeit, die uns zum Umdenken bewegt hat.“

Das deckt sich mit den Ergebnissen einer Umfrage, die mein Team und ich in den letzten Wochen bei 30 großen deutschen Unternehmen durchgeführt hat. NGOs, öffentliche Meinung und die Angst vor Reputationsschäden sehen die Firmen als die drei wichtigsten Antriebsquellen von Druck, sich menschenrechtskonform zu verhalten.

Ein gutes Beispiel für gezielten öffentlichen Druck ist die Kampagne von Oxfam, die mit dem Slogan: „Hey Lidl, mach dich fit für fair!“ Verbraucher dazu auffordert, ihre



Forderungen an Lidl zu unterstützen, die Lieferkette für Bananen und Ananas nachhaltiger zu gestalten. Aber auch andere NGOs verstehen es, mit solider Recherche und professioneller Medienarbeit oder Gerichtsverfahren Unternehmen erheblich unter Druck zu setzen.

Seit dem Zusammenbruch des Rana-Plaza-Gebäudes widmen sich die Medien deutlich stärker den Umständen, unter denen in Schwellen- und Entwicklungsländern für den europäischen Markt produziert wird.

IV. Ein starker „Business Case“ für Menschenrechte

Viele Unternehmen haben in den letzten Jahren erfahren, dass die Achtung der Menschenrechte eine Reihe von betriebswirtschaftlichen Aspekten hat.

1. Wer qualifizierten Nachwuchs rekrutieren will, sieht sich oft mit der Frage der Millennials konfrontiert, wie sich die Firma in gesellschaftlichen und ökologischen Fragen verhält. Es ist nicht das einzige, aber ein zunehmend wichtiges Kriterium. Etwas drastisch hat mir der Personalchef eines großen Familienunternehmens einmal erzählt: „Die haben keine Lust, im Freundeskreis zu erzählen, dass sie bei einer Arschloch-Firma arbeiten, sondern wollen stolz auf ihren Arbeitgeber sein.“

2. Regelmäßige Untersuchungen wie das Edelman-Trust-Barometer oder eine aktuelle Studie im Auftrag der Rewe-Gruppe zeigen, dass Verbraucher mehr Vertrauen in Unter-



nehmen haben, die soziale und ökologische Bedingungen verbessern und dass sie dies als Qualitätsmerkmal von Produkten bei Kaufentscheidungen berücksichtigen. Gerade junge Konsumenten erwarten von Unternehmen einen positiven Beitrag zur Gesellschaft. Diese Trends verstärken sich Jahr für Jahr. Der Einzelhandel spürt diesen Druck der Verbraucher unmittelbar. Im sehr wettbewerbsintensiven Lebensmittelhandel etwa kann man in den letzten Jahren beobachten, wie sich das Angebot von nachhaltig produzierten Waren deutlich vergrößert hat.

3. Um menschenrechtliche Auswirkungen einschätzen zu können, muss man Lieferkette und Zulieferer gut kennen. Ein professionelles Lieferantenmanagement wird von vielen Firmen dabei als die größte Herausforderung gesehen. Aber nur so können Rechteverletzungen und ihre Folgen reduziert werden: von Produktionsausfällen wegen Streiks über Haftungsrisiken bis hin zu Umsatzeinbrüchen wegen Berichten über erbärmliche Arbeitsbedingungen. Ein gutes und transparentes Management der Lieferketten trägt einerseits zur Optimierung der eigenen Prozesse bei, gleichzeitig sichert es die Bonität. Denn Finanzanalysten ziehen zunehmend die Nachhaltigkeitsberichte zur Einschätzung von Risiken heran.

4. Auch die Digitalisierung beschleunigt die Transparenz. Metro nutzt etwa neue Technologien im chinesischen Markt, um einzelne Produkte vollständig rückverfolgbar zu machen. Wegen des tiefen Misstrauens chi-

nesischer Verbraucher in die staatliche Lebensmittelkontrolle ist die Transparenz der Lieferkette ein echter Marktvorteil. Noch ist das nur für einzelne Produkte möglich. Aber digitale Technologien entwickeln sich sprunghaft, und bald wird es Tools geben, mit denen Verbraucher alles über das Produkt im Supermarktregal erfahren können. Gleichzeitig beschleunigen soziale Medien und Smartphones die Berichterstattung über schlechte Arbeitsbedingungen, Unfälle und Menschenrechtsverstöße. Videos und Bilder aus den Produktionsländern können in kürzester Zeit einen Shitstorm bei Verbrauchern und in sozialen Medien auslösen.

5. Die eingangs beschriebene Textilfabrik in Vietnam steht für ein neues Geschäftsmodell in den Produktionsländern. Die Nachfrage der großen westlichen Retailer nach Produkten, die unter Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen hergestellt werden, hat zu Anpassungen auf der Angebotsseite geführt. Das erstaunlichste Modell stammt von einem US-Fonds, der sich an Herstellungsunternehmen beteiligt und sie dann technisch, ökologisch, betriebswirtschaftlich und insbesondere von den ILO-Standards her auf ein international wettbewerbsfähiges Niveau bringt, um anschließend die Anteile wieder zu verkaufen. Aber viele Unternehmer entwickeln ihre Fabriken auch aus eigenem Antrieb oder mit Unterstützung und Know-how westlicher Kunden.

V. Gesetzliche Anforderungen an Unternehmen

2011 haben die UN Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte, die Aufgabe der Staaten zum aktiven Schutz der Menschenrechte, die Verpflichtung von Unternehmen, sie zu achten, und die Verantwortung von beiden, bei Rechteverletzungen Abhilfe zu schaffen, festgeschrieben. Seitdem haben sie sich als Maßstab etabliert und eine Reihe von Gesetzen ausgelöst. Bisher beschränken sich die meisten Gesetze auf Berichtspflichten für große Unternehmen. In einem Beschluss zum fünfjährigen Jubiläum der UN-Leitprinzipien hat der Europäische Rat klargemacht, dass er die Berichtspflichten auf mehr Firmen ausweiten und sicherstellen will, dass Betroffene von Rechtsverletzungen rechtliches Gehör finden.

VI. Die Aufgabe für Liberale: Menschenrechte und globalen Handel unter einen Hut bringen

Liberale stehen für ein werteorientiertes Unternehmertum, das zum Wohl der Gesellschaft beiträgt. Familienunternehmen sind hier besonders stark. Diese Firmen brauchen politische Unterstützung. Die Durchsetzung von Rechten funktioniert in vielen Ländern nur schlecht. Bundesregierung und EU-Kommission müssen bei Kontakten mit den Regierungen von Produktionsländern deutlich machen, wie wichtig ein verlässlicher Rahmen und die Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen für Unternehmen sind. Hilfe beim Aufbau rechtsstaatlicher Strukturen muss ein wesentlicher Teil von Entwicklungszusammenarbeit sein und sich in Handelsverträgen niederschlagen.

Menschen, Waren, Kapital und Informationen bewegen sich heute frei um den Globus. Die Durchsetzung von Recht hat dabei mit der Entwicklung nicht mitgehalten. Hier müssen Lücken geschlossen werden, insbesondere beim rechtlichen Gehör für Betroffene von Rechtsverletzungen und der Durchsetzung von Schadensersatz über Grenzen hinweg.

📢 Unter dem Titel „Freiheit verpflichtet! Weltweit!“ haben die Friedrich-Naumann-Stiftung und Markus Löning eine Reihe von Veranstaltungen zum Thema Wirtschaft und Menschenrechte organisiert. #EFNASIA2016



MARKUS LÖNING war von 2010 bis 2013 Menschenrechtsbeauftragter der Bundesregierung und von 2002 bis 2009 Bundestagsabgeordneter. Er hat Anfang 2014 „Löning – Human Rights & Responsible Business“ gegründet, um Unternehmen strategisch bei der Erfüllung ihrer menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten zu beraten.

@ redaktion@libmag.de

EIN STREIFZUG DURCH 500 JAHRE LUTHER-REZEPTION IN 95 ZITATEN

Einer für alle

Ob Martin Luther im Jahr 1517 tatsächlich seine 95 Thesen ans Portal der Wittenberger Schlosskirche geschlagen hat, ist zweifelhaft. Verbreitet haben sie sich auf jeden Fall. Aber der Reformator hätte es sich vielleicht zweimal überlegt, wenn er gewusst hätte, was die Nachwelt alles aus ihm machen würde: Prophet, Katastrophe, Nudel, Plastikmännchen – ein Überblick.

„In den vergangenen Jahrhundertfeiern schuf sich jede Generation ihren eigenen Luther.“

Heinz Schilling, Luther-Biograf, 2012

„Ein lausiger ausgelaufener Mönch und bübischer Nonnenfetzter“

Johannes Cochlaeus, Theologe, 1549

„Das Bedeutendste, das er uns hinterlassen hat, und was wir nur bei Strafe der Banalisierung unserer wunderbaren Sprache versäumen können, ist und bleibt seine Verdeutschung der Bibel.“

Friedrich Schorlemmer, evangelischer Theologe, 2003

„... dieses 1546 begrabene geniale, maßlose, chaotische, penible, intellektuell hochfliegende, schrecklich vereinfachende, in Gott und die Menschen verliebte, von wildem Hass getriebene, melancholische, cholerische, verletzend aggressive, an sich zweifelnde Energiebündel ...“

Christian Feldmann, Schriftsteller, 2009

„Wir wissen gar nicht was wir Luthern und der Reformation im allgemeinen alles zu danken haben.“

Johann Wolfgang von Goethe, 1836

„Prophet der Freiheit“

Klaus-Rüdiger Mai, Schriftsteller, 2014

„Luther und den Islam verbindet die Einsicht, dass keine vermittelnde Instanz zwischen Gott und Mensch nötig ist.“

Abdel-Hakim Ourghi, Professor für Religionspädagogik, 2016

„Für einige Zeit war er das Salz der Erde. Aber sein späteres Leben ist nicht frei von der Fadheit, für die seine Tischreden ein Beispiel sind: ein Gottesmann, der in kleinbürgerlicher Behaglichkeit sitzt, von bewundernden Anhängern umgeben, die jeden Furz von ihm für eine Offenbarung oder die Folge einer Inspiration halten.“

Søren Kierkegaard,
dänischer Philosoph, 1881



„Der erste
Wutbürger“

Der Spiegel 44/2016

„Steve Jobs sitzt vermutlich auf der Wolke neben Luther und erklärt ihm, wie Apple zu seiner Berühmtheit beiträgt.“

Hartmut Müller-Gerbes, Journalist, 2016

„Zudem ist er auf Formulierungen gekommen, für die man ihn einfach umarmen möchte.“

Friedrich Schorlemmer,
evangelischer Theologe, 2003

„Zerstörer der abendländischen Kircheneinheit“

Novalis, Schriftsteller, 1799

„Christlich bedeutet heute, auch als Protestant Luther gegenüber kritisch zu sein.“

Salomon Korn, Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde Frankfurt am Main, 2016

„Wir ... appellieren, alle Martin-Luther-Straßen oder nach ihm benannten Plätze umzubenennen. [...] Stattdessen muss gesagt werden, was er für ein durchtriebener Bösewicht war.“

Rainer Ponitka, Sprecher des Internationalen Bundes der Konfessionslosen und Atheisten, 2016

„Luther ist eine Katastrophe für die westliche Zivilisation.“

Richard Marius, Luther-Biograf, 1974

„Dr. Martin Luther säße heute sicher an meiner Stelle auf der Anklagebank, wenn sein Buch (Die Juden und ihre Lügen) von der Anklagevertretung in Betracht gezogen würde.“

Julius Streicher, NS-Politiker, Angeklagter im Nürnberger Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher, 1946

„Er ist schimpffroh, zanksüchtig, ein mächtiger Hasser, zum Blutvergießen von ganzem Herzen bereit.“

Thomas Mann, 1945

„Es war eine Ratt' im Kellernest / Lebte nur von Fett und Butter / Hatte sich ein Ränzlein angemäst't / Als wie der Doktor Luther.“

Johann Wolfgang von Goethe,
Faust 1, 1808

„Ich liebe ihn nicht, das gestehe ich offen. Das Deutsche in Reinkultur, das Separatistisch-Antirömische, Antieuropäische befremdet und ängstigt mich ...

Thomas Mann, 1945

„Unter uns gesagt, ist an der ganzen Sache der Reformation nichts interessant als Luthers Charakter. [...] Alles Übrige ist ein verworrener Quark, wie er uns noch täglich zur Last fällt.“

Johann Wolfgang von Goethe, 1817

„Sie lieben es, mit Retro-Elementen Akzente zu setzen? Und Sie lieben Musik? Und Luther sowieso? Wunderbar! Dann dürfen unsere Luther-Wanduhren in Ihren Räumen nicht fehlen. Gefertigt aus alten Schallplatten mit unterschiedlichen Labels, stylish ‚serviert‘ in einem Pizzakarton, sind sie ein echtes Einrichtungshighlight.“

luther-kommt.de, 2016

„Heute würde er auch mit einem Flashmob für seine Sache werben.“

Pastor Christoph Römhild, Evangelische Kirche in Deutschland (EKD), zu einem Flashmob für Martin Luther in Hannover, 2011

„Luther hat Eigenschaften und Einfluss gehabt auf eine Weise, die unser Land nicht positiv geprägt haben. Luther hat den Deutschen, ganz hart gesagt, nicht unbedingt gutgetan.“

Gerhart Baum, FDP, früherer Bundesminister des Innern, in Deutschlandradio Kultur, 2016

„So würde ich fast schon sagen, dass Martin Luther auch ein Vorreiter des Reims gewesen ist, des fetten Reimes mit Sinn.“

Bürger Lars Dietrich, Rapper, in Deutschlandradio Kultur, 2016

„Der Lutherweg ist ein Geschenk, das wir uns gegenseitig im Vorfeld des Reformationsjubiläums machen.“

Jochen Bohl, Sachsens Landesbischof zur Eröffnung des Sächsischen Lutherwegs, 2015

„Kirche und Politik sollten mehr auf Luther hören: den Leuten aufs Maul schauen und deutsch mit ihnen reden!“

Markus Söder, bayerischer Finanzminister, 2016

„Erfinder der Deutschen“

Der Spiegel 44/2016

„Der Luther von Playmobil steht alleine da - ohne die Wartburg und weitere Figuren aus den Jahren 1521/22. Da fehlt die Spielfreude. Das muss sich ändern!“

Petition auf Facebook, 2016, 1.352 Likes (Stand Dez. 2016)

„Geistloses, sanft lebendes Fleisch zu Wittenberg“

Thomas Müntzer, Theologe und Reformator, 1524

„Luther ist in seinen letzten Lebensjahren unerträglich rechthaberisch, unerträglich zänkisch. [...], und das, was er den Juden zugedenkt, erinnert fatal an das Dritte Reich.“

Waltraud Levin in Die Zeit 45/2016

„Luther erschütterte Deutschland - aber Franz Drake beruhigte es wieder: Er gab uns die Kartoffel.“

Heinrich Heine, Schriftsteller, 1869

„Wer gegen die heutige Tyrannei protestiert, wie Luther vor 400 Jahren als Mönch protestierte, hat das Recht, sich auf ihn zu berufen.“

Hugo Ball, Dichter, 1919

„Rebell in einer Zeit des Umbruchs“

Heinz Schilling, Luther-Biograf, 2012

„Luther hat eine welthistorische Leistung vollbracht.“

Joachim Gauck, Bundespräsident, 2016

„Die Playmobil-Sonderfigur, ausgestattet mit Schreibfeder, Bibel, Mantel und Kurzinformation über Luthers Wirkungs- und Lebensstationen, ist für nur 2,39 € ... erhältlich.“

Werbung der Congress- und Tourismus-Zentrale Nürnberg, die den Playmobil-Luther mit der Deutschen Zentrale für Tourismus und Kirchenvertretern in Auftrag gegeben hat, 2015. Bis Herbst 2016 wurde die Figur mehr als 500.000-mal verkauft – einsamer Rekord für ein Playmobilmännchen.

„Luther war ein Kämpfer für die gute Sache.“

Jürgen Klopp, Fußballtrainer, 2016

„Durch seine Übersetzung der Bibel ... ermöglichte Luther den Menschen Zugang zum Wort und damit zu Information, Verständigung und Teilhabe ...“

Monika Grütters, Staatsministerin bei der Bundeskanzlerin, 2016

„Wenn er noch da wäre, könnte er ganz viele Sendungen machen. Angefangen von ‚Wer wird Millionär‘, da wäre er auch ein guter zweiter Jauch. [...] Also bei ‚Bauer sucht Frau‘ wäre er vielleicht auch der Richtige.“

Frauke Ludowig, Moderatorin, 2016

„Er kann Journalisten von heute inspirieren zu schauen, was wirklich gesagt wurde, was sich hinter Worthülsen versteckt.“

Gundula Gause, Journalistin, 2016

„Der größte Deutsche“

Wilhelm II, Deutscher Kaiser, 1883

„Verschenken Sie die neue Luther-Pasta zum Reformationsjubiläum. Kochen Sie sie nicht zu weich, damit sie ihre Form behält.“

Verlag am Birnbach über seine Luther-Nudeln, 2016

„If he were alive today, he would be an enthusiastic user of Twitter.“

Michael Roth, US Minister of State, 2016

„Verräter der Bauern“

Friedrich Engels, Gesellschaftstheoretiker, 1870

„Bei einem mittelalterlichen Schmaus in den Lutherstuben werden Sie ins 16. Jahrhundert entführt.“

Aus der Werbung der Stadt Eisenach für eine „Luther-Pauschale“, 2016

„Einer der gemeinsten aller Zweifüßler“

Heinrich Suso Denifle, Dominikanerpater und Luther-Biograf, 1904

„Luther wäre heute ein Medienfreak und er war es damals schon.“

Jochen Hörisch, Medienwissenschaftler, 2003

„Martin Luther wäre heute mit seinem Hang zu unflätiger Rede in kürzester Zeit jede Pfarrstelle los.“

Wolfgang Weissgerber, Chefredakteur Evangelische Sonntags-Zeitung, 2011

„Ich glaube, er hatte eine homoerotische Beziehung zu Jesus.“

Heiner Geißler, ehemaliger CDU-Generalsekretär, 2015

„Als Martin Luther noch Priester in Erfurt war, da hätte ihn die heutige Staatsmacht wahrscheinlich zum schwarzen Block gezählt und ob seiner Kapuze wegen Verstoßes gegen das Vermummungsverbot belangt.“

Petra Pau, Politikerin Die Linke, 2008

„Mönsch Martin!“

Titel eines Dresdner Musicals über Luther für Kinder und Erwachsene, 2016

„Luther wäre ein viraler YouTube-Hit gewesen“

Eckart von Hirschhausen, Moderator, 2016

„Luther hat die Welt, könnte man jetzt etwas Gauck-haft sagen, mit einem Schwerthieb entzweigegehauen.“

Willi Winkler, Journalist, Luther-Biograf, 2016

„Den Martin können Sie nicht mit dem Gesicht darstellen, da brauchen Sie den schwarzen Talar und das schwarze Barett.“

Bernhard Naumann, dreimaliger offizieller Luther-Darsteller aus Wittenberg, 2012

„In einer Zeit der Dunkelheit, in der Kirche und Staat Furcht und Schrecken verbreiten, steht ein Mann fest zu seinem Glauben: Martin Luther. Er veränderte die Welt für immer. Demnächst im Kino.“

Trailer zu „Luther“, Spielfilm, 2003

„Indem der Nationalsozialismus jeden politischen Machtanspruch der Kirchen bekämpft ... führt er das Werk Martin Luthers ... fort...“

Godesberger Erklärung der evangelischen Landeskirchenleiter, 1939

„Luther hat der pluralistischen, individualistischen, permissiven, marktwirtschaftlich und demokratisch angelegten Gesellschaft des Westens kaum mehr zu sagen als etwa der Ayatollah Khomeini, mit dem er sich vermutlich besser verstehen würde als mit Margot Käßmann.“

Alan Posener, Journalist, 2014

„Luther, du! - Großer, verkannter Mann! Und von niemandem mehr verkannt als von den kurzsichtigen Starrköpfen, die, deine Pantoffeln in der Hand, den von dir gebahnten Weg schreiend, aber gleichgültig daher schlendern!“

Gotthold Ephraim Lessing, Dichter, 1778

„... eine sehr gute Autorität, eine Autorität, die alle protestantischen Dogmatiken samt und sonders unendlich überwiegt.“

Karl Marx, Philosoph und Ökonom, 1842

„Wir Katholiken haben keinen Grund, den 31. Oktober 1517 zu feiern.“

Kardinal Gerhard Müller, Präfekt der römischen Glaubenskongregation, 2016

„... einer der größten Vernichter des besseren Deutschtums, Zerstörer der großen mittelalterlichen Kultur...“

Gottfried Benn, Arzt und Schriftsteller, 1935

„Ich glaube, dass die Absichten Luthers nicht falsch waren. Er war ein Reformator.“

Papst Franziskus, 2016

„Luther war eine bombastische Gestalt.“

Kardinal Reinhard Marx, Präsident der Deutschen Bischofskonferenz, 2016

„Mit Herrn Luther ist alles in Butter.“

Ostdeutsches Kabarett Die Distel, 1983

„Luther hat auf allen Positionen gespielt. [...] Ich glaube, ich würde ihn als Mittelstürmer einsetzen wollen, und dann die Absicherung nach hinten durch Melancton.“

Johann Hinrich Claussen, Kulturbeauftragter der Evangelischen Kirche in Deutschland, 2016

„Vielleicht wäre er ein gern gesehener Talkshow-Gast!“

Margot Käßmann, Ex-Bischöfin, Botschafterin des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland für das Reformationsjubiläum, 2016

„Heute würde Luther keine Kirche gründen. Er gründete eine Zeitung, eher ein Boulevard-Blatt als eine seriöse Zeitung, er schätzte Kai Diekmann...“

Paul-Josef Raue, Journalist, 2016

„Martin Luther wäre in unserer Zeit vermutlich ein Blogger.“

Christian Meier, Journalist, 2016

„Martin Luther wäre heute bei Pegida.“

Michael Stürzenberger, Bundesvorsitzender der rechtspopulistischen Partei „Die Freiheit“, 2015

„Luther würde wohl nicht zum Kirchentag eingeladen“

Christina aus der Au, Kirchentagspräsidentin, 2016

„... der Begründer des deutschen, eliminatorschen Antisemitismus.“

Micha Brumlik, Erziehungswissenschaftler und Publizist, 2013

„Mit Gleichberechtigung hatte Luther garantiert nichts zu tun gehabt.“

Kristina Dronsch, evangelische Theologin, 2013

„Martin Luther würde heute NPD wählen.“

Michael Grunzel, ehemaliger Landessprecher der NPD in Sachsen-Anhalt, 2009

„Martin Luther würde heute noch ein Apfelbäumchen pflanzen, wenn morgen die Welt unterginge. Auch Sie ... sollten sich überlegen, ob Sie nicht einen Apfelbaum pflanzen wollen.“

Ratgeber Alte Apfelsorten, Empfehlungen für Hausgärten und Streuobstwiesen in der Metropolregion Hamburg, 2009

„Luther hat für seine Bibel regelrechte Redaktionskonferenzen abgehalten. Das muss man sich wahrscheinlich wie im Übersetzerseminar von Günter Grass vorstellen.“

Willi Winkler, Journalist, Luther-Biograf 2016

„Bei der Wahl ‚Unsere Besten‘, die das ZDF im Jahr 2003 durchführte, erreichte Luther Platz zwei – hinter Konrad Adenauer und vor Karl Marx.“

Armin Kohnle, Theologe, 2015

„Luthers Ermutigung zu schöpferischer, sinnvoller Tätigkeit, ist in unserer sozialistischen Gesellschaft ... zu einem wesentlichen Beweggrund für das gemeinsame Wirken von Christen und Nichtchristen am Aufbau des Sozialismus geworden.“

Erich Honecker, Generalsekretär des ZK der SED, 1983

„Mit Herrn Luther ist alles in Butter.“

Ostdeutsches Kabarett Die Distel, 1983

„Vater im Glauben“

Peter Manns, römisch-katholischer Priester und Kirchenhistoriker, 1988

„Im 500. Jahr nach Luther ist die Rolle der Autoritäten in den Kirchen weiter zu hinterfragen.“

Christian Lindner, FDP-Bundesvorsitzender, 2016

„Sein Hämorrhoidalleiden setzte ihm ebenso gewaltsam zu wie seine kochende Sinnlichkeit.“

Denifle, 1904

„Luther war in seinen Nervenparthien überreizt, und dieser krankhafte Ueberreiz war die Ursache seiner krankhaften anderen Erscheinungen: der Hallucination, Illusion, Größenwahn, Verfolgungswahn, übermäßiger geschlechtlicher Erregungen ...“

Bruno Schön, emeritierter Seelsorger der niederösterreichischen Landesirrenanstalt, 1874

„Luther! Rebell wider Willen“

Titel eines Musicals am Landestheater Eisenach, 2013

„Er verinnerlichte die argwöhnische Strenge seines Vaters, die Furcht seiner Mutter vor der Hexerei... später rebellierte er – zunächst gegen seinen Vater, indem er ins Kloster ging, dann gegen die Kirche.“

Erik Erikson, amerikanischer Psychiater, Begründer des Begriffs „Identitätskrise“, 1958

„Luther war auch ein Liedermacher – ein früher Popstar, wenn man so will.“

Kirsten Fehrs, Bischöfin der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Norddeutschland und Schirmherrin des Pop-Oratoriums „Luther“ in Hamburg, 2017

„Er griff den geistlichen Despotismus, der alles freie gesunde Denken aufhebt oder untergräbt, als ein wahrer Herkules an...“

Johann Gottfried Herder, Philosoph, 1793

„Urbild deutschen Wesens, deutscher Genialität, deutscher Zerrissenheit, deutscher Hemmungen“

Hermann Hesse, Schriftsteller, 1927

„Luthers Anti-Judaismus ist nicht mit dem modernen Antisemitismus zu identifizieren.“

Markus Wriedt, Professor für Kirchengeschichte, 2016

„Die Wittenbergisch Nachtigall“

Hans Sachs, Dichter, 1523

„Dieser Mönch, mit allen rachsüchtigen Instinkten eines verunglückten Priesters im Leibe...“

Friedrich Nietzsche, Philosoph, 1894

... rettete die Theologie vor kindlicher Dummheit.“

William James, Psychologe, 1902

... zum Meditieren begabt, doch völlig ungeeignet zum Handeln.“

Lucien Febvre, Historiker, 1928

„Überzeugend sichtbar geworden ist die tiefe Religiosität Luthers, der von der brennenden Leidenschaft für die Frage nach dem ewigen Heil getrieben war.“

Papst Johannes Paul II., 1983

... heldenhafte, durchaus volksmäßige Persönlichkeit und hinreißende Sprachgewalt...“

Joseph von Eichendorff, Schriftsteller, 1857

„Luthers Freiheitsbegriff hat große Konsequenzen nach sich gezogen. ‚Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit‘ als Parole der Französischen Revolution hat im Gedanken der Freiheit eines Christenmenschen durchaus Wurzeln. Am Ende ist der Bogen bis zur Aufklärung zu spannen.“

Margot Käßmann, 2013

„Viel größer ist eine andere Gefahr: Dass nach zehn Jahren Lutherdekade mit Hunderten von Veranstaltungen und Events im Jahre 2017 das Thema Luther in der breiteren Öffentlichkeit nur noch auf Desinteresse stoßen wird, im schlimmsten Fall auf Ablehnung und Spott.“

Hartmut Lehmann, Historiker, 2014

„Warum haben wir Luther lieb? Unsere katholischen Mitbürger verstehen dies nicht und können es nicht begreifen – wir verstehen diese Befremdung. Nicht recht aber verstehen, vielmehr tief beklagen werden wir, wenn Kinder der Reformation ihn nicht lieben und unsere Liebe belächeln und verwunderlich finden.“

Hermann von Bezzel, Rektor der Diakonissenanstalt Neuendettelsau, 1917



Heimliche Parallelen



Harry Keaton ist professioneller Magier, Moderator und Redner. Vor seiner Laufbahn als Entertainer arbeitete er als Journalist und promovierte über die Sprache der Politik. Im Fernsehen sagte er das Ergebnis einer Bundestagswahl exakt vorher. Keaton tritt bei Unternehmen und privaten Festen in ganz Europa auf. Vor Kurzem erschien sein neues Buch „Wie der Minister die Jungfrau zersägte. Die heimlichen Parallelen zwischen Politik und Zauberei“.

Mit den Gemeinsamkeiten zwischen Politik und Zauberei beschäftige ich mich seit gut einem Jahrzehnt. Die meisten Menschen sind dabei überrascht: Kartentricks, zersägte Jungfrauen und die große Politik – wie geht das zusammen?

TEXT: HARRY KEATON • ILLUSTRATION: JINDRICH NOVOTNY

Nun, beide – der Politiker und der Magier – konstruieren auf ihre Art die Wirklichkeit. Beide lenken die Wahrnehmung des Publikums. Der Mensch kann nicht alle Sinnesindrücke bewusst registrieren, die auf ihn einströmen. Der versierte Zauberer „hilft“ dem Zuschauer bei der Auswahl zwischen „wichtigen“ und „unwichtigen“ Informationen. Das Publikum soll nur das wahrnehmen, was der Illusion zuträglich ist. Hierzu setzen wir gezielt die Körpersprache ein. Außerdem helfen uns die Augen. Die Zuschauer blicken unwillkürlich auf den Gegenstand, den der Akteur ansieht. Schaut er dagegen den Zuschauern ins Gesicht, kommen sie nicht umhin, meinen Blick zu erwidern. Sie achten dann nicht auf die Hände. Das ist bei vielen Trickmanövern hilfreich. Der spanische Kartenzauberer Juan Tamaritz sprach einmal von der „Theorie des Tauben“. In der Politik ist es ähnlich: Alles, was den eigenen Zielen zuwiderläuft, wird bewusst ignoriert. Im Bundestag erleben wir oft, dass Politiker während des Redebeitrags ihrer Gegner aufstehen, feixen und sich demonstrativ mit ihren Smartphones beschäftigen. Das hat Methode: Wenn der Politiker seinem Gegner keine Beachtung schenkt, steigen die Chancen, dass auch der Wähler dessen Standpunkte ignoriert. Aber es handelt sich um ein zweischneidiges

Schwert. Wenn aus der Waffe des Missachtens eine Gewohnheit wird, wird sie stumpf: Wo Aufmerksamkeit komplett fehlt, ist kein Zauber mehr möglich. Dann verlieren Parlamentsdebatten Reiz und Sinn.

Eine weitere Parallele zwischen Politik und Zauberei findet sich in der magischen Grundregel: „Sage nie vorher, was du tun wirst.“ Der Grund dafür erklärt sich fast von selbst. Wenn die Zuschauer wissen, was kommen wird, haben sie es leichter, den Trick zu entlarven. Verstößt der Magier gegen diese goldene Regel, gibt er zudem eine starke Waffe aus der Hand: die der Überraschung. Gerade vor Wahlen wird die magische Regel brisant: Einerseits erwartet der Wähler von dem Politiker Aussagen darüber, was er nach der Wahl tun will. Andererseits darf sich der Politiker nicht zu weit aus dem Fenster lehnen. Oft gibt es Umstände, die es dem Politiker unmöglich machen, Versprechen umzusetzen.

Als Zauberer haben wir die Fähigkeit, etwas zu „forcieren“. Das bezeichnet die Technik, den Zuschauer sanft zu lenken, eine Entscheidung zu „erzwingen“, ohne dass sich die Mitspieler dessen bewusst werden. Der Mitspieler glaubt, er habe die freie Wahl. Tatsächlich ist seine Entscheidung beeinflusst. Gleiches lässt sich am Referendum von Alexis Tsipras sehr gut beobachten. Zunächst brachte der Griechenpremier die Bürger dazu, gegen die EU-Sparauflagen zu stimmen. Trotz dieses Volksentscheids verbesserte sich für die Griechen nichts – im Gegenteil. Und Tsipras wurde mit ebenso vielen Stimmen wiedergewählt wie vor dem Referendum. Es zeigt sich, dass nicht die Fakten entscheiden oder die Handlungen des Politikers, sondern einzig der Eindruck, den er beim Publikum hinterlässt. Eben wie in der Zauberei. Einen Unterschied gibt es aber: Der Zauberkünstler sagt, dass er täuschen wird. So gesehen ist er ehrlicher als der Politiker.

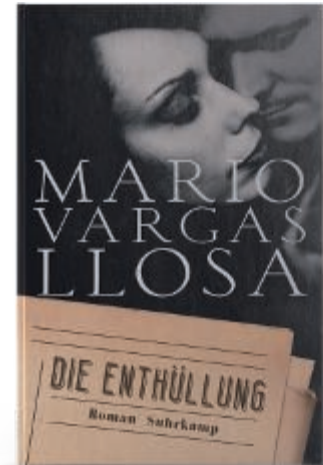


Video: Harry Keaton kann nicht nur schreiben, sondern auch rechnen.

Foto: Bahman Börger

Gelungenes Spätwerk

„Der Liberalismus braucht nicht nur eine rationale Stimme, die aus dem Elfenbeinturm der philosophischen, politischen oder ökonomischen Wissenschaft zu uns schallt. Er braucht nicht nur Politiker mit Rückgrat und Vernunft, die uns die Verteidigung der Freiheit als Vorbilder vorleben. Er braucht auch eine Stimme, die das Irrationale in uns erreicht. Und besonders schön ist es, wenn jemand all dies in einer Person vereint.“ Mit diesen Worten ehrte der viel zu früh verstorbene Frank Schirrmacher den Träger des Freiheitspreises 2008 der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, Mario Vargas Llosa. Die Stiftung kann sich zugutehalten, die große Bedeutung Vargas Llosas für den Freiheitskampf und die Weltliteratur weit vor anderen erkannt zu haben. 2010, also erst zwei Jahre später, erhielt der Peruaner den Literatur-Nobelpreis. Das Thema Freiheit lässt den heute 80-Jährigen nicht los. In seinem neuen Roman „Die Enthüllung“ versetzt der Autor seine Leser zurück in das Peru der 1990er-Jahre. Das Land stand auf der Kippe zwischen Diktatur und Demokratie. Im zweiten Wahlgang unterlag Vargas Llosa damals Alberto Fujimori, der das südamerikanische Land danach in ein Meer von Intrigen, Korruption, Misswirtschaft und Gewalt steuerte. Fujimori stützte sich bei seinem Feldzug gegen die Freiheit auf seinen Geheimdienstchef Vladimiro Montesino, dessen üble Methoden und eine vor nichts zurückschreckende Klatschpresse. In „Die Enthüllung“ gerät der angesehene Unternehmer Enrique Cárdenas in die Fänge des Boulevards – und geht fast daran zugrunde. Vargas Llosa fesselt seine Leser, abgesehen von kleineren schwächeren Passagen. Der bei ihm bereits bekannte Funken Erotik fehlt nicht. Lesenswert! **Andreas Felsenberg**



Mario Vargas Llosa
„Die Enthüllung“,
Suhrkamp,
301 Seiten, 24 Euro

BÜCHER

Bürger auf die Barrikaden

Der einzige Vorwurf, den man Gabor Steingart machen kann, lautet: Sein neuestes Buch ist ein paar Wochen zu früh erschienen. Wer nach der Lektüre von „Weltbeben. Leben im Zeitalter der Überforderung“ glaubte, umfassend über alles derzeit Destruktive in der Weltpolitik und Weltwirtschaft informiert worden zu sein, sieht sich nach der US-Präsidentschaftswahl eines Schlechteren belehrt. Zwar widmet sich Steingart in einem der acht Kapitel ausführlich den Gefahren der neuen Populisten. Doch dass Donald Trump 45. Präsident der Vereinigten Staaten werden würde, hielt wohl auch der USA-Kenner und langjährige Washington-Korrespondent des *Spiegel* bis zuletzt für höchst unwahrscheinlich. Steingart – heute Vorsitzender der Geschäftsführung der Verlagsgruppe Handelsblatt und Herausgeber von Deutschlands größter Wirtschaftszeitung – seziert in seinem angenehm kompakten Werk mit der ihm eigenen unvergleichlichen Sprachwucht, woran die Welt derzeit krankt und was sie überfordert: die Gleichzeitigkeit von Digitalisierung, Globalisierung und dem Zerfall der westlich dominierten Ordnung. Die altbekannten Institutionen – seien es die Brüsseler Eurokratie, die Zentralbanken mit ihrer Nullzinspolitik, die maroden Großbanken oder die erstarrten „Volks“-Parteien – bekämen den Karren nicht mehr aus dem Dreck. Wie auch, wenn sie ihn dort selbst hineinmanövriert haben. Steingarts Buch ist eine schonungslose Abrechnung, eine Brandschrift, eine Anklage. Gleichwohl bewahrt sich der Autor seinen Grundoptimismus und betont, dass es zwar allorts Grund zur Sorge gebe, aber beileibe keinen Grund zur Verzweiflung. Der gefühlten Überforderung und dem Sog diffuser Stimmungen setzt Steingart im Mut machenden Schlusskapitel Alternativen entgegen und ruft die Bürger auf die sprichwörtlichen Barrikaden. „Das deutsche Bürgertum sehnt sich nach Selbstbestimmung, nicht nach Untergang.“ Oder anders gesagt: Es sind unser Land und unsere Welt – packen wir es an! Ein Lichtblick in düsteren Zeiten. **Florian Flicke**



Gabor Steingart
„Weltbeben. Leben im
Zeitalter der Überforderung“,
Knaus Verlag, 240 Seiten,
16,99 Euro

WORAUF ES 2017 ANKOMMT

Es gibt liberale Überzeugungen, die nicht dem Amüsierbetrieb preisgegeben werden dürfen. Wenn Liberale von der Freiheit reden, ist nicht die Freiheit eines Hedonisten gemeint, sondern die Freiheit eines in der Gesellschaft lebenden Menschen mit Optionen, aber auch mit Bindungen - Ligaturen, wie es Ralf Dahrendorf so treffend beschrieben hat. Lernen und individuelle Mühe sind sein Tugendkatalog der Freiheit.

Weder ist Marktwirtschaft ein kaltes Projekt, noch ist der bisherige Sozialstaat eine generationengerechte Veranstaltung, noch kann Sicherheit auf Kosten unserer verfassungsrechtlichen Grundlagen herbeigeführt werden. Weder ist Wettbewerb eine Körperverletzung, noch sind Zeugnisse Repressionen, noch erlaubt es religiöse Überzeugung, selbst Gott zu spielen, noch endet ökologisches Bewusstsein in Mülltrennung und Dosenpfand, Biosprit und Solarsubventionen.

Es gibt genügend Menschen, die vernünftig leben wollen, sich aber nicht von Letztbegründungsapologeten belehren lassen wollen, wie sie ihr privates Leben führen sollten. Es gibt genügend Menschen, die religiöse Überzeugungen pflegen, die aber nicht diejenigen verteufeln, die anderer Meinung sind. Es gibt genügend Menschen, die wissen, dass überall dort auf der Welt, wo Marktwirtschaft ausgeschaltet worden ist, sich unkontrollierte wirtschaftliche und politische Macht entwickelt hat. Es gibt genügend Menschen, die wissen, dass soziale Gerechtigkeit sich nicht durch immer größeres öffentliches Budget erreichen lässt. Es gibt genügend Menschen, die das Fehlen einer von Totschlagargumenten freien Debatte beklagen und eine offene Diskussion über den Verbrauch in der Gegenwart mit Blick auf Vorsorge für die Zukunft und die nächste Generation für notwendig erachten. Es gibt genügend Menschen, die wissen, dass alle vor dem Gesetz gleich sind, dass sie in ihrer eigenen Biografie aber unterschiedlich erfolgreich sind und dass dieses wiederum von Fähigkeiten abhängt, die ungleich verteilt sind.

Diese Menschen gilt es 2017 zu erreichen. Es sind Menschen, die die Anfälligkeiten freiheitlicher Gesellschaften kennen, ihre Schwächen, aber auch ihre Stärken, und die sich um einen Gleichgewichtssinn in einer Gesellschaft bemühen. Die Verbindlichkeiten akzeptieren und am Gemeinwohl orientiert sind. Wer das nicht kann und nicht mag, der kann im Übrigen auch niemanden integrieren.

Die meisten politischen Parteien in Deutschland haben das Schwergewicht ihrer Programmatik verschoben hin zur Bearbeitung von Ängsten, die das moderne Leben in einer globalisierten Welt mit sich bringt. Die Menschen durch den Staat vor der Zugluft der Freiheit zu schützen ist das überwiegende politische Angebot. Es wird von Gerechtigkeitsrhetorikern unterstrichen. Wer ihnen nicht folgt, wird der sozialen Kälte bezichtigt. Warum argumentieren, wenn diffamieren einfacher ist.

Dass Freiheit ihre soziale Wertedimension über persönliche Verantwortung gewinnt und immer auch ein Auge für die anderen erfordert, diesen Charakterzug bringen Wettbewerber der Liberalen mit ihrem Instrumentenkasten paternalistischer Wählerbewirtschaftung nahezu zum Erliegen. Sie sorgen sich zwar intensiv um den sozialen Zusammenhalt, den allerdings nach ihrer Auffassung der Staat zustande bringen muss. Unter Vormundschaft mit begrenzter Haftung zu leben, das ist am Ende allerdings leider der Wunsch vieler Mitbürger. Viele entscheiden sich für Selbstabsolution durch Legitimationsdruck auf andere. Es wundert deshalb nicht, dass in Deutschland eher ein Überangebot an Politik vorhanden ist, das am Ende auf die Zerstörung der Kultur persönlicher Verantwortung hinausläuft. Die Selbstbeanspruchungsbereitschaft erlahmt. Verantwortungsethische Anreize verkümmern. Die Kunst, es nicht gewesen und für nichts verantwortlich zu sein, ist argumentativer Marktführer in Deutschland.



Freiheit ist der Wert, der uns in einer globalisierten Welt und trotz vieler Widrigkeiten und Probleme immer noch wie in einer Komfortzone leben lässt.

Liberalen müssen gegen eine Art von „Biedermeier-Sozialismus, dass alles so bleiben solle, wie es früher einmal besser war, und die Reichen schuld sind“ (Mathias Horx), einen motivierenden Blick nach vorne richten. Neben pessimistisch verzagten Rezepturen und apokalyptischen Dosen im wöchentlichen Montageband der Talkshows muss es auch Angebote geben, die Menschen veranlassen, nach optimistisch gestaltenden Politikentwürfen zu suchen und mitzumachen. Die meisten Modelle projizieren jetzt Messbares in die Zukunft. Sie vergessen aber das Lernen und die Befindlichkeiten der Akteure. Niemand kennt die Zukunft. Wir müssen uns nicht ausschließlich mit Bedrohungsszenarien und deren gemeinhin unterstellter Unvermeidbarkeit abfinden.

Es droht keine Apokalypse. Der Klimawandel nimmt uns nicht unbedingt Lebensraum. Der demografische Wandel muss uns nicht behäbig machen. Unsere Innovationsfähigkeit muss nicht sinken. Wir müssen nicht Lebensstandards durch Rohstoffknappheit verlieren. Die Frage ist, welche Stärken man braucht, um aus Risiken Chancen zu machen (Roland Berger). Es geht um einen wirksamen Umgang mit Ungewissheit und einen Sinn für Realität. Megatrends wie Klimawandel, Demografie und Rohstoffknappheit können Energieeffizienz, ressourcensparende Produktionsprozesse hervorrufen, altersgerechte Strukturen, Mobilitätskonzepte, technologische Substitution. Es werden die Länder von der Globalisierung profitieren, die intelligente Lösungen für die Herausforderungen bieten. Entscheidend sind die Entwicklung und der Gewinn neuen Wissens und der Wille zum Lernen. Ihn muss die Qualität des Unterrichts an deutschen Schulen unterstützen. Er braucht aber auch eine starke, zivilisatorische Mitgift der Elternhäuser. Gerade in den Bereichen, die ein Computer nicht kann. Frustrationswille, Durchhaltefähigkeit, Einsichtsfähigkeit.

Nach der Agenda 2010, die mit Verkrustungen aufgeräumt hat, deren Wachstumsstimulator aber langsam aufgebraucht ist, müssen rechtzeitig neue Chancenpotenziale für eine nachhaltige Zukunftsbewältigung aufgebaut werden. Es muss ein mentalitätspolitisches Signal gesetzt werden.

In der Technologie- und Industriepolitik zeigt die Erfahrung der Globalisierung, dass eine reine Dienstleistungsgesellschaft problematisch ist. Der intelligente Querschnitt macht es aus. „Heute sind die Länder stabil, die auch über eine wettbewerbsfähige und innovative Industrie und eine breite Landschaft mittlerer und kleiner Betriebe verfügen. Diese gilt es zu stärken. Deutschland braucht eine breit diversifizierte Innovationslandschaft und keine forschungspolitisch verengte“, schreibt Professor Karl Heinz Paqué. Der Staat kennt die produktiven Ressourcen und ihre Verwendung nicht annähernd so gut wie Mittelständler auf täglicher Suche nach Innovation und sorgfältiger Marktbeobachtung, bei eigener Haftung.

Bei Nachhaltigkeit geht es eben nicht nur um die Pflege des Waldes. Es geht vor allem um die Pflege der soziokulturellen Voraussetzung von Freiheit. Freiheit ist der Wert, der uns in einer globalisierten Welt und trotz vieler Widrigkeiten und Probleme immer noch wie in einer Komfortzone leben lässt. Wir sollten das endlich begreifen, um wieder Maßstäblichkeit und Selbstvertrauen gegenüber Märchenerzählern zu gewinnen, anstatt ihnen hinterherzulaufen. Deshalb gilt es, Menschen zuzuhören, aber ihnen auch zu sagen, was sie wissen müssen. Denn der Tanz auf dem Vulkan, den viele tanzen, muss dringend beendet werden. ●

DR. WOLFGANG GERHARDT ist
Vorsitzender des Vorstands
der Friedrich-Naumann-Stiftung
für die Freiheit und
Herausgeber von *liberal*.
@ redaktion@libmag.de

Non vitae, sed scholae discimus
Genau andersherum wäre es aber richtig.

Die digitale Leere

TEXT: ANDREAS FELSENBERG

Da wagt sich die deutsche Bundesbildungs- und Forschungsministerin Johanna Wanka seit langer Zeit wieder einmal aus ihrem Elfenbeinturm - und dann das. Die Resonanz der Lehrerverbände auf ihr vorgeschlagenes Fünf-Milliarden-Investitionsprogramm für die Digitalisierung der deutschen Schulen fällt reserviert bis regelrecht feindselig aus. Gerade Lehrerverbands-Präsident Josef Kraus, der sonst medial stets gegen die „Helikoptereltern“ wettet, spielt die Rolle des Allwissenden. Er wolle keine „Laptop-Klassen“ und überhaupt gebe es keinen einzigen Beweis dafür, dass die Länder, deren Schulen digital besser ausgestattet sind, in den Pisa-Studien besser abschnitten.

Statt, wie Wanka es vorhat, alle 40.000 deutschen Schulen mit Computern und WLAN auszustatten, sollte das Geld nach Meinung von Kraus und Co. besser in Bausubstanz und funktionierende Toiletten investiert werden. In der Tat stinken die Zustände in vielen Bildungseinrichtungen, die in den Siebziger- oder Achtzigerjahren errichtet wurden, oft zum Himmel. Der Begriff des „Heimschleißers“ kommt nicht von ungefähr. Auch weil die Kommunen laut einer Studie der KfW viel weniger in den Substanzerhalt der Grundschulen oder Gymnasien stecken als noch vor 20 Jahren. Auf insgesamt 34 Milliarden Euro beziffert die bundeseigene Förderbank den Investitionsrückstau in den Schulen.

Doch was Kraus nicht sagt: Das eine - die Digitalisierung - hat mit dem anderen - dem schlechten Bauzustand vieler Schulen - rein gar nichts zu tun. Die Kollegen der Zeit haben es auf das wunderschöne Bild gebracht: „Das ist so, als ließe man den Musikunterricht ausfallen, weil das Wasser zum Gießen des Spitzhorns im Schulgarten fehlt.“

Oder anders formuliert: Was nützt das schönste Klo, wenn die Schüler nicht stubenrein für die digitale Zukunft werden?

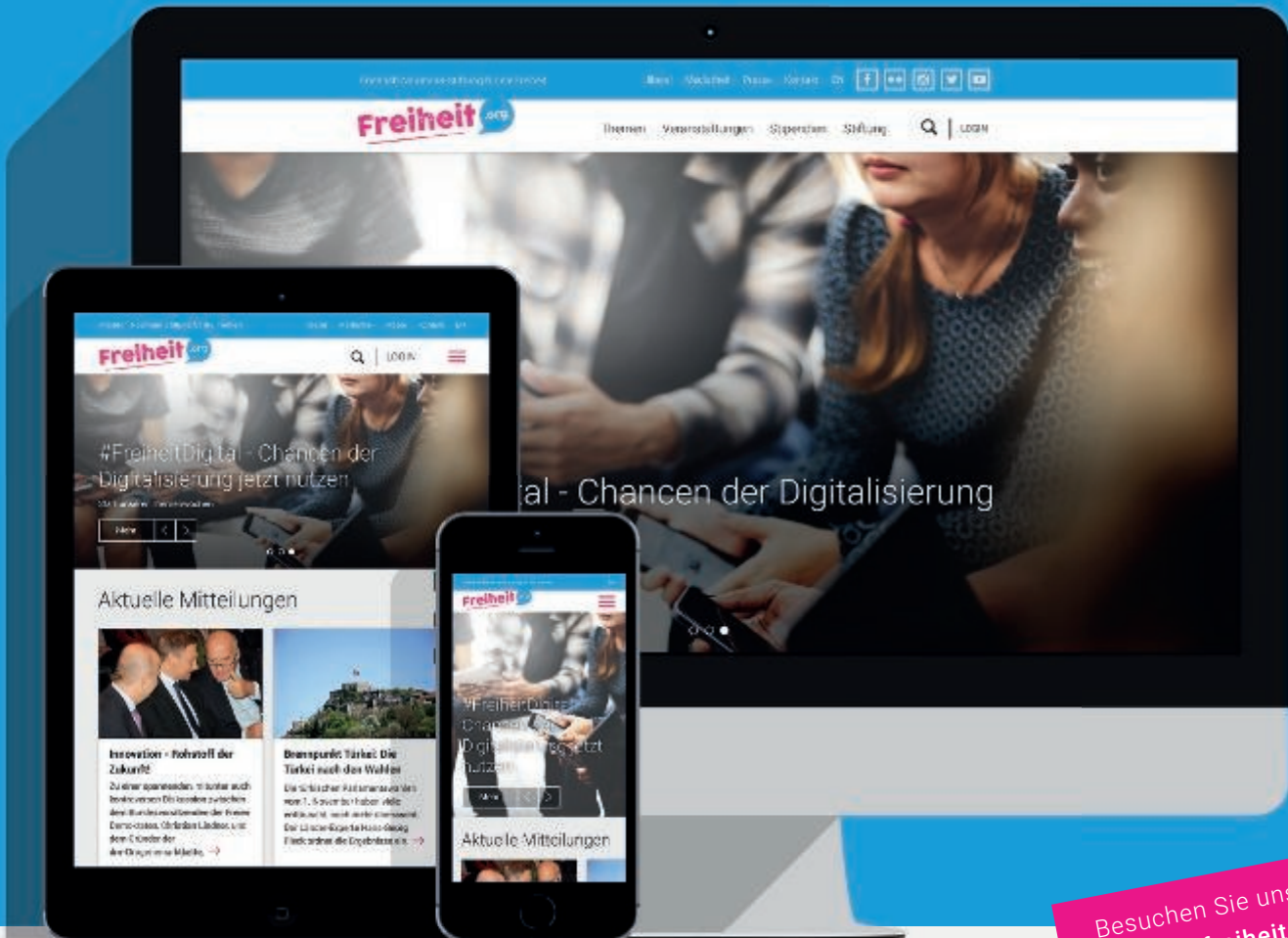
Die digitale Bildung soll und wird die humanistische Bildung niemals komplett ersetzen. Sie muss sie aber ergänzen. Allein mit Gedichtsanalysen kann kein Einzelner und kann schon gar keine so exponierte Volkswirtschaft wie die deutsche im internationalen Wettstreit bestehen.

Nicht alles aus und im Silicon Valley ist gut, richtig - und erst recht nicht eins zu eins auf Deutschland übertragbar. Vom Grund- und Zukunftsoptimismus der dortigen Start-up-Szene könnten sich Deutschlands Lehrer aber eine Menge abschauen.

Mancher Altsprachler sollte sich an Seneca erinnern, der die römischen Philosophenschulen seiner Zeit mit den Worten kritisierte: „Non vitae, sed scholae discimus“ („Nicht für das Leben, sondern für die Schule lernen wir.“) Genau andersherum wäre es aber richtig. ●

Die Online-Heimat der Freiheit.

Freiheit.org



Besuchen Sie uns unter
www.freiheit.org

Die neue Website der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit – wir freuen uns auf Ihren Besuch!

- Optimiert für Tablet, Smartphone und Desktop
- Großer Bereich für Stipendiaten
- Übersichtliche Darstellung von Nachrichten, Meinungen und Analysen
- Mit einem Klick zu unseren Veranstaltungen
- Viele Themenseiten, u.a. zu Migration, TTIP und Internationaler Politik





Man kann alles übertreiben.

Muss man aber nicht.

Zu viel ist zu viel und nie gut. Das betrifft alle Lebensbereiche. So auch den Genuss von Tabakprodukten wie Zigaretten. Aber das gilt auch für den Gesetzgeber. Überregulierung und Bevormundung von den Herstellern bis hin zu den Konsumenten des legalen Genussmittels nehmen ständig zu. Das Recht auf Selbstbestimmung sowie maßvolles Handeln sind die besseren Prinzipien: in der Wirtschaft, der Politik und im Privatleben.
www.zigarettenverband.de